ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG

Nr.7 Februar - April '95 3 DM

Rechtsschwenk Marsch!

Die Bundeswehr auf Abwegen!?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, Liebe Leser!

Die siebte Ausgabe der "Antifa-NRW-Zeitung" beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Entwicklungen in der Grauzone zwischen Konservativen und Neofaschismus. Rechte Tendenzen in der Bundeswehr, der Fall des in den Südtirolterrorismus verwickelten Erhard Hartung, der als Kohls Gesandter in China auftrat und die Bestrebungen der "Deutschen Gildenschaft", ihre Leute in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen zu plazieren werden behandelt. Weiterhin ist erneut der Verfassungsschutz Thema dieser Ausgabe und auch das Verbot der "Wiking-Jugend" hat uns beschäftigt, nicht zuletzt, weil wir Einblick in internes Material dieser Organisation nehmen konnten, das erst vor Kurzem in die Hände von Antfa-Leuten gelangte.

Die Gestaltung der Rückseite unserer letzten Ausgabe gab übrigens Anlaß zur Kritik am Sprachgebrauch "..teutonisches Ungeziefer..". Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchten wir noch einmal betonen, daß es sich dabei um die Dokumentation einer Meldung aus einer luxemburgischen Tageszeitung handelte und nicht um eine "Eigenproduktion". Aus der regelmäßigen Lektüre unserer Zeitung dürfte ohnehin klar werden, daß eine derartige Wortwahl nicht zu unserem Sprachstil gehört.

Eure Antifa-NRW-Zeitungsredaktion

Impressum

VisdP: P. Schultze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr.41
5600 Wuppertal 1

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301.0375.603
BLZ: 441 600 14
Bank: Dortmunder Volkbank

Auflage: 1.500
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:
Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 18 DM, also 4,50 DM pro Ausgabe. Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt. Bestellungen bitte an o.g. Kontaktadresse. Zahlungen bitte mit Absenderadresse an o.g. Konto oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an o.g. Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Unter dem Trommelwirbel des Bundeswehr-Wachbataillons aus Siegburg und anderen hochrangigen Bundeswehroffizieren haben sich am 5. November 1994, ca. 200 alte Kameraden auf dem Kriegsgräberfriedhof in Königswinter-Ittenbach versammelt. Doch der eigentliche Veranstalter dieser Heldenehrung ist nicht wie der erste Eindruck vermittelt die Bundeswehr, sondern die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" (OdR), welche seit vielen Jahren wegen ihrer ewig gestrigen Positionen für öffentliches Aufsehen gesorgt hatte.

Rechtsschwenk marsch - Bundeswehr auf Abwegen!?

Nachdem das Bundestreffen der Ritterkreuzträger im Jahr 1993 in Celle unter großem öffentlichen Protest und entsprechend großer Aufmerksamkeit der Medien stattfand, entschloß man sich für 1994 unter den Schutz der Bundeswehr zu stellen. So fand der 40 Jahrestag der Ordensgemeinschaft vom 4.-6. November 1994 überwiegend auf dem Gelände der Bundeswehrkaserne in Köln-Porz statt. Während des Zweiten Weltkrieges waren 7318 Ritterkreuze, über deren Verleihung **Adolf Hitler** persönlich entschied, überreicht worden, darunter 438 an Angehörige der **Waffen-SS.** Es verwundert so nicht, daß unter den anwesenden älteren Herren mehrere das Eiserne Kreuz mit Hakenkreuzemblem um den Hals trugen. Doch was mag die Alten und Jungen an diesem Tag zusammenführen? Soll hier vielleicht eine Zeichen gesetzt werden, zwischen den Elitekämpfern des Dritten Reiches und den Erben der Wehrmacht-der Bundeswehr, die bisher nur Friedenszeiten kannte.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch den **katholischen Standortpfarrer** von Bonn, welcher wahrlich viele moralische Standorte zu verkünden gedachte. Dieser Mann der Kirche zeigte dabei alles andere als Zurückhaltung und ging gleich in die Vollen. Mit aggressiven Worten griff er einen Gegner an, der leider nicht gekommen war, da die Öffentlichkeit weder informiert und noch erwünscht war. Folglich blieben die ca. 200 anwesenden alten Kameraden und ihre Freunde unter sich.

Der Sinn des Tötens

Kämpferisch erklärte der heilige Mann, daß man sich an diesem Tage zusammengefunden haben, um denjenigen Soldaten zu gedenken, "... bei denen Kameradschaft bis zum Tode eine Wirklichkeit war" und von polemischer Absicht getragen fuhr er fort "Es gibt immer noch Menschen die meinen, so etwas hätte keinen Wert und die meinen auch man könnte das Gedenken an die Gefallenen vielleicht durch großen Lärm übertönen, irgendwo, nein, zu denen gehören sie nicht und zu denen gehört auch ein Militärgeistlicher nicht der in der Bundeswehr seinen Dienst tun." Geschickt versucht er eine Front aufzubauen, indem er die angeblich positive Tugend des "Opfertodes" zu begründen Versucht. Dabei projiziert der das Bild des "tugendsamen und guten Deutschen"auf die anwesenden Militärs. Die kritischen Stimmen stempelt er schon im voraus zum Feindbild des "schlechten Deutschen". Damit der starken Worte nicht genug, in Fahrt gekommen erklärt der Militärpfarrer, was der Sinn des Tötens ist:"Aber dennoch bleibt eine große Frage, eine Frage die sich immer wieder stellt, ich vermute jedes Jahr, wenn sie sich treffen und wenn sie an Ehrenmahlen stehen - Was hatte es wirklich für einen Sinn?" Und der Pfarrer bietet dem Zuhörer wahrlich eine zutiefst christliche Interpretation des Tötens in Kriegszeiten: "Das das, was Böse war sich zum Guten gewandelt hat ... etwas was hinterher mit einem Mal zu einer notwendigen Erfahrung wurde, zu etwas was man durchmachen mußte was man erleben mußte. Menschen gedenken es manchmal schlimm zu machen, Gott aber prägt die Geschichte um und macht aus der Niederlage einen Sieg. Und kann man das nicht sagen, daß unser deutsches Volk, das nun wiedervereinigt ist in dieser Weise eine Gnadenzeit unseres Gottes durchgemacht hat, daß aus der Vernichtung des Zweiten Weltkrieges neues Leben entstanden ist ... ist so nicht in verwandelter Form das mit einem mal sinnvoll geworden, was wir einstmals so sinnlos empfunden haben?"

Was der Pfarrer hier betreibt ist nichts anderes als die Umdeutung des Zweiten Weltkrieges als eine göttliche Geißel für die Menschheit. Aus der soldatischen wird auch eine göttliche Pflichterfül-

Amtsleiter General Major Engelien (1. v. links)

Wolfgang Kertz, Vors. der OdR (2. v. links)

lung. Revisionistische Schützenhilfe mit Gottes Segen? Vieles von dem was an diesem Ort gesprochen wurde, erweckt den Eindruck der Beruhigung des eigenen Gewissens. Die Alten möchten nicht mit einer belasteten Vergangenheit und einem belasteten Gewissen leben und sie zeigen den Jungen, wie einfach man durch Relativieren seine eigene Vergangenheit und sein Gewissen entsorgen kann, um unbelastet in die Zukunft gehen zu können. Vielen der ranghohen Bundeswehrvertreter war in ihren Gesichtern eine gewisse moralische Genugtuung abzulesen, als ihre zukünftigen Taten eine Legitimation durch den posthumen Schulterschluß mit den geistigen und moralischen Traditionen der OdR vollzogen wurde.

Geistige Traditionen

Doch wozu sucht die heutige Bundeswehr die Nähe von hochdekorierten Soldaten des Dritten Reiches? Der Betrachter kann sich folgendem Bild nicht entziehen. Auf der einen Seite stehen die jungen Wehrpflichtigen des Wachbataillons, auf der anderen Seite die Elitesoldaten des Dritten Reiches und in der Mitte die jegliche Unterstützung signalisierenden Führungskräfte der Bundeswehr. Sollen hier wieder reaktionäre Tugenden vermittelt werden, mit der offiziellen Unterstützung der Ordensgemeinschaft durch die Bundeswehr? Geht es gar um die Einstimmung der jungen Soldaten auf Kriegseinsätze in der nahen Zukunft?

Antworten sollte es geben, gerade wo der Sinn des Soldatenseins immer schwer zu begründen ist, wurde dies dankbar von den OdR Kameraden mit Inhalten gefüllt. So richtete dann auch kein Geringerer als der Bundesvorsitzende der OdR, **Wolfram Kertz** aus Lohmar bei Bonn seine Worte direkt an die jungen Soldaten: "Dennoch die hier stehenden jungen Soldaten der Bundeswehr sollten wissen, wem zu Ehren und Gebot die alten Frontsoldaten hier gedenken. Ein Bekenntnis zur Vergangenheit ist die Voraussetzung für ein künftiges Leben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ... Die Geschichte wird einst über das wenn und aber auch unserer Generation berichten müssen, nicht zuletzt wohl auch über eine Plichterfüllung mit Feuer und Schwert, die der soldatische Gehorsam uns unerbittlich gefordert hat. Wir tragen das Eiserne Kreuz als ein ehrenes Zeichen des opferbereiten Einsatzes an der Front des Weltkrieges"

Inwieweit sich Kertz bei seiner Rechtfertigung von unmenschlichen Tugenden wie dem "Kadavergehorsam" vom OdR Ehrenmitglied und Kriegsverherrlicher **Ernst Jünger** hat inspirieren lassen ist nicht klar. Klar erscheint nur die Absicht, den jungen Soldaten alte reaktionäre Tugenden, wie die des bedingungslosen soldatischen Gehorsames als göttliches Schicksal zu verkaufen. Ein Hinterfragen solcher Tugenden und ihr Beitrag zur unerbitterlichen Grausamkeit des Zweiten Weltkrieges bis zum sprichwörtlich letzten Befehl klingt da schon wie Blasphemie.

Statt dessen fuhr Kertz fort: "Das Eiserne Kreuz ist unser Gebot für die Erhaltung von Ehrfurcht und Treue in unauslöschlicher Kameradschaft und dem Gedanken der Kriegstoten und ihrer Opferbereitschaft" und um gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß man von Dummen umgeben ist fährt er fort: "Dem Anfang ist schon nicht mehr zu wehren, wenn der Soldat zum potentiellen Mörder beschimpft und Deserteuren als Vorbild das Ehrenmahl errichtet wird."

In den Gesichtern der Generalitäten war bei solchen Worten der Neid abzulesen, der wohl einem Komplex der Minderwertigkeit gegenüber den gestandenen Frontsoldaten entsprungen sein mußte. Ihre Gesichter lechzten förmlich nach der Kriegserfahrung der Veteranen. Sie als Nachkriegsgeneration, welche 40 Jahre lang ihre Kriegsphantasien nur in Form von Landserheftromanen hatte stillen können, sieht nun die Chance, selber Geschichte(n) zu schreiben greifbar nahe.

Quo vadis Bundeswehr?

Aber, könnte man sagen, sind diese 200 Anwesenden denn nicht ein verschwindend geringer Teil am Rande eines demokratischen Militärapparates wie der Bundeswehr? Oder Wie bewertet die Bundesregierung die Liaison zwischen der Ordensgemeinschaft der Ritter-

kreuzträger, Bundeswehroffizieren, wie z.B. ihrem offiziellen Vertreter "**Amtschef**" **Gen. Maj. Engelien** und jungen Rekruten? Anzumerken sei hier, daß es sich dabei um das skandalträchtige Siegburger Wachbataillon handelt, welches von dem Ausbilder **Jürgen Grusenik** geleitet wird, dem laut eines Beitrages des Fersehmagazines Monitor vom 7.7.1994 eine rechtsextreme Einstellung nachgesagt wird und dessen Schützlinge sich selber schon wegen des Verdachtes antisemitischer und rassistischer Pöbeleien mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen konfrontiert sahen.

Die Bundesregierung wertete die Beteiligung der Bundeswehr an solchen Bundestreffen der Ordensgemeinschaft bisher als "Zeichen der kameradschaftlichen Verbundenheit mit den ehemaligen Soldaten und ihren Familien" und als "Ausdruck eines gelebten Traditionsverständnisses".

Teilnehmer der "Heldenehrung" in Königswinter am 5.11.94

Eine bedenkliche Bewertung und es gibt noch beunruhigendere Informationen über einen rechten Kurs in Teilen der Bundeswehrführung. Es geht inzwischen nicht mehr nur um Worte, sondern Taten sind wieder gefragt. Der Ex-Bundeswehradmiral **Elmar Schmähling** warnte in einem n-tv Interview Anfang Dezember 94 vor "gewissen Kreisen" innerhalb der Bundeswehrführung, die z.Z. "alles daran setzen würden, Deutschland mit allen Mitteln in eine kriegerische Auseinandersetzung im Bosnienkrieg zu führen". Er zeige sich zutiefst besorgt über dieses Aufbrechen alten Militarismus innerhalb der Bundeswehr.

Abschließend läßt sich der Charakter dieser Heldengedenkfeier nicht mehr anders beschreiben als ein Versuch, ein günstiges Klima zu schaffen, um junge Soldaten auf neue Kriegseinsätze einzustimmen. Das neue Credo der Bundeswehr findet sich auch in den neuen Leitlinien der Bundeswehr wieder, wenn es heißt, überall da, wo deutsche Interessen betroffen sind, müssen auch deutsche Soldaten wieder marschieren.

"Rechtsschwenk marsch !"

David Taylor / Jochen Fink

Eine Ende Juli 1994 veröffentlichte Presseerklärung des "Bildungs- und Solidaritätswerkes Anna Seghers" in Wiesbaden brachte es ans Tageslicht: Ein in Italien wegen eines Bombenanschlages, bei dem vier Menschen starben, zu lebenslanger Haft verurteilter Neofaschist und "Südtiroler Freiheitskämpfer" überbrachte bei einem "deutsch-chinesischen Symposium über Herzchirurgie " in Wuhan Grüße von Bundeskanzler Helmut Kohl. Kohls Bote, der an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität als Anästhesist und Dozent tätige Erhard Hartung, wurde Ende Oktober 1994 nach einer antifaschistischen Kampagne vom Rektor aufgrund seiner rechtsextremen Machenschaften gekündigt. Die Kündigung wurde Mitte Dezember vom zuständigen Verwaltungsgericht bestätigt.

Erhard Hartung - Die Spitze des Eisberges gekappt

Erhard Hartung

An der Porzescharte, nördlich von Santo Stefano di Cadore, ereignete sich in der Nacht des 25. Juni 1967 das bis dahin blutigste Attentat der rechtsextremen "Südtirolkämpfer". Die "Bumser", wie sie verharmlosend genannt wurden, zeichneten für diesen Anschlag, bei der ein Hochspannungsmast gesprengt und die Anschlagsstelle mit Tretminen versehen wurde, verantwortlich. Bei der Absperrung des Tatortes verloren vier italienische Soldaten ihr Leben. U.a. beteiligt: **Egon Kufner**, Erhard Hartung sowie **Peter Kienesberger**, der heute in der Nähe von Nürnberg lebt, die Zeitschrift "Der Tiroler" herausgibt sowie Gesellschafter der "Junge Freiheit Verlag GmbH" ist. Hartung wurde vier Monate nach dem Anschlag in Österreich verhaftet, ein Jahr später zu einer lächerlichen Haftstrafe von einem Jahr verurteilt und nach Beendigung des Prozesses sofort entlassen, da er bereits ein Jahr in U-Haft abgesessen hatte. Die italienische Justiz

zeigte da weniger Verständnis als die österreichische, die den "Bumsern" einen "Notstand" zusprach. Hartung wurde 1970 vom Appellationsgericht von Florenz in Abwesenheit zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Der "Bumser" aber hatte sich bereits in die BRD abgesetzt, von wo aus er bis zum heutigen Tage seine politischen Aktivitäten fortsetzte. Trotz internationalem Haftbefehl konnte er sich in der BRD und in Österreich frei bewegen, kam sogar 1972 unbehelligt als Anästhesist an der Düsseldorfer Universitätsklinik unter. Rechtzeitig vor dem Auslaufen seines Arbeitsvertrages Ende 1978 nahte in Gestalt des damaligen CSU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Forschung und Technologie, **Dr. Albert Probst**, die notwendige Unterstützung für eine Verlängerung. Er machte sich beim damaligen Wissenschaftsminister des Landes NRW, **Johannes Rau**, erfolgreich für eine Weiterbeschäftigung Hartungs stark. Rau's einzige Auflage: Hartung müsse vor Ablauf seines alten Arbeitsvertrages seine Habilitation abgeschlossen haben. Hartung blieb und brachte es in der Folgezeit bis zum Oberarzt. Von seiner Habilitation war übrigens nie wieder die Rede; bis zum heutigen Tage hat er sie nicht abgeschlossen. In Zukunft wird er eine solche wohl auch nicht mehr brauchen. Nach einer antifaschistischen Kampagne, begleitet von einem regen Interesse der Medien, entschloß sich Ende Oktober 1994 der Rektor der Heinrich-Heine-Universität, **Professor Gert Kaiser**, Hartung zu kündigen. Das von den Düsseldorfer ASten, antifaschistischen Gruppen und JournalistInnen vorgelegte Material ließ keinen Zweifel an Hartungs Einbindung in die rechtsextreme Szene. Zu einem anderen Ergebnis kam der Personalrat (stellvertretender Vorsitzender: Erhard Hartung), der das vorgelegte Material als weniger klar einschätzte und die Kündigung ablehnte. Wenige Tage später meldete sich auch das Innenministerium mit einem Bericht zu Wort. Man habe die Angelegenheit geprüft. Es lägen keine Erkenntnisse vor, die es rechtfertigen würden, Dr. Hartung rechtsextremistische Bestrebungen anzulasten. Auch der Bundesverfassungsschutz und andere Landesämter für Verfassungsschutz hätten keinerlei Informationen in dieser Sache. Das zuständige Verwaltungsgericht aber, das nach der Ablehnung der Kündigung Hartungs durch den Personalrat eingeschaltet wurde, befand die Sachlage als eindeutig genug, um die Kündigung des Rektors zu bestätigen und Hartung aus seinem Arbeitsvertrag zu entlassen.

"Keine Erkenntnisse ..."

Seine politische "Karriere" begann Hartung Anfang der sechziger Jahre in der Innsbrucker **Burschenschaft Brixia**, die sich als "Durchlauferhitzer" zugunsten des "Südtirolterrorismus" erwies und aus deren Mitte reihenweise "Bumser" und spätere Funktionäre der österreichischen "**Nationaldemokratischen Partei**" (NDP) stammen. Hartung, Gründungs- und Vorstandsmitglied der von **Norbert Burger** geleiteteten NDP, fungierte als "Sprecher der in Deutschland wohnenden Kameraden" und unterhielt ein Sonderkonto der NDP in Düsseldorf. In einem Aufruf der NDP zu einem Bundesparteitag, in dem Hartung als Kontaktperson aufgeführt ist, heißt es: " Während den fremdvölkischen Minderheiten in Österreich immer mehr Rechte eingeräumt werden, wird das deutsche Mehrheitsvolk in seinen Rechten beschnitten, durch Zerstörung seiner Kultur und Sittlichkeit sowie Verbreitung von Geschichtslügen in seiner Entwicklung gefährdet, mit dem von linken, slawophilen Kreisen verfolgten Ziel, die Einheit der deutschen Gesamtnation zu zerstören. Außerdem bedrohen Kindesmord im Mutterleib, Rauschgiftverseuchung der Jugend und Unterwanderung durch Fremdarbeiter den Bestand des Volkskörpers." Neben "linken, slawophilen Kreisen" ortet Hartung in einem Leserbrief, der in der NDP-Postille "Klartext" nachgedruckt wurde, noch einen weiteren Feind, der sich den "von volksbewußten Deutschen erhobenen Forderungen" entgegenstellt: Das "Weltjudentum". Hartung: "Die Juden sind geradezu die Erfinder der doppelten Moral. (...) Sie bezeichnen sich als auserwähltes Volk und hetzen, wenn wir 'Deutschland, Deutschland über alles' singen." In weiteren "Klartext"-Ausgaben, aber auch in Zeitschriften anderer rechtsextremer Gruppierungen finden sich noch eine Reihe weiterer Artikel mit ähnlicher Stoßrichtung, die von Hartung verfaßt wurden.

1988 wurde die NDP durch den österreichischen Verfassungsgerichtshof wegen Verstoßes gegen das Verbot neonazistischer Aktivitäten und programmatischer Nähe zur **NSDAP** verboten.

Bereits 1977 gründete Hartung parallel zu seinen NDP-Aktivitäten eine weitere Organisation: Die "**Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer**", deren 1. Vorsitzender er bis heute ist. Als 2. Vorsitzender fungiert Peter Kienesberger, der ebenso wie Hartung in das "Porzescharte-Attentat" verwikkelt war und zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Selbst das Bundesamt

Hartung wird von Studierenden der "Heinrich-Heine-Uni" in Düsseldorf des Raumes verwiesen

für Verfassungsschutz hatte ein Auge auf Hartungs Neugründung geworfen (woran sich heute wohl niemand mehr erinnern kann). In den VS-Berichten 1980 und 1981 wird die "Kameradschaft" als "rechtsextremistisch" eingestuft. Im VS-Bericht 1981 heißt es: "Im April wurden Waffen; Munition und Sprengstoff in Nürnberg sichergestellt, die der 2. Vorsitzende der vorgenannten Kameradschaft, der Österreicher Peter Kienesberger (38), Nürnberg, bei einem Bekannten ausgelagert haben soll." Für die "Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer" legte Hartung 1981 einen Kranz am Grab des Hitler-Nachfolgers **Dönitz** nieder, zu dem er in "freundschaftlichem Kontakt" stand.

1989 taucht Hartung dann als Erstunterzeichner eines "Aufrufes an alle Deutschen und an alle Parteien in unserem westdeutschen Teilstaatprovisorium" auf, der in der BRD erscheinenden Alt- und Neonazi-Postille "Unabhängige Nachrichten" (siehe Antifa-NRW-Zeitung 5) abgedruckt wurde. Der Erstunterzeichnerkreis des Aufrufs, der u.a. die Aufhebung der "erzwungenen Teilung Deutschlands" fordert, gleicht einem Nachschlagewerk über die neofaschistische Szene in der BRD. Neben Hartung sind dort u.a. der Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger**, der NPD-Bundesvorsitzende **Günther Deckert** und der Verleger **Udo Walendy** zu finden.

1992, elf Jahre nach der Beerdigung von Dönitz, trägt er dann einen weiteren Mann, den er immer bewundert hat, seinen politischen Ziehvater Norbert Burger, zu Grabe. In seiner Grabrede bezeichnete er Burger als "Motor des Südtiroler Freiheitskampfes" und als "großen Sohn Deutsch-Österreichs". Denselben Burger, dem er z.Zt. vor Gericht sämtliche eigene Schandtaten in die Schuhe schieben will. Burger habe sämtliche Artikel und Leserbriefe im "Klartext" geschrieben und ohne Rücksprache den Namen Hartungs daruntergesetzt. Es sei Burgers Sonderkonto gewesen, das er nur aus Gefälligkeit für diesen eröffnet habe. Für ihn habe sein "Engagement für Südtirol" lediglich "humanitären Charakter" gehabt. Mit Burgers NDP habe er nie etwas zu tun gehabt, sei nie Mitglied oder für die NDP aktiv gewesen. Nicht leugnen aufgrund von Fernsehbildern des **WDR** kann Hartung allerdings seine Teilnahme am "Gesamttiroler Freiheitskommers" am 22.10.1994 in Insbruck, zu einem Zeitpunkt also, zu dem er in Düsseldorf bereits um seinen Arbeitsplatz bangen mußte. Veranstalter waren u.a. Hartungs Burschenschaft Brixia und der **Wiener Korporationsring**, beide bestens in das neofaschistische Spektrum eingebunden.

Die Herrmann-Niermann-Stiftung

Nach seinem, vom Verwaltungsgericht bestätigten Rauswurf aus der Heinrich-Heine-Universität, mußte Hartung Ende Dezember 1994 eine zweite Niederlage einstecken. Das Oberverwaltungsgericht Münster bestätigte in zweiter Instanz die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, nach der Hartung zurecht aus der Düsseldorfer "Hermann- Niermann-Stiftung" (HNS) entfernt wurde. Die 1978 vom Düsseldorfer Industriellen und Millionär Hermann Niermann (1905-1985) gegründete "gemeinnützige" Stiftung (Vermögen nach Niermanns Tod ca. 120 Mio. DM) hatte eine wichtige Funktion für die politische Arbeit von Hartung, Burger und Kameraden. Burger, der im Auftrag Niermanns die HNS initiierte und sämtliche Gründungsformalitäten in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium NRW abwickelte, hatte frühzeitig erkannt, welche Möglichkeiten eine derartige Stiftung für seine politische Arbeit brachte. Als Zweck der Stiftung wurde angegeben, "die Lage der ethnischen Minderheiten (Volksgruppen) zu verbessern". Um welche "Volksgruppen" es sich dabei handelt, ist unschwer zu erraten. Als Aufgabe wurde in der Satzung formuliert, u.a. "solche deutschen Volksangehörige zu unterstützen, die aus dem Gebiet (Land), in dem sie eine Minderheit darstellen, in das deutsche Sprachgebiet übersiedeln" sowie "die Förderung des Jugendaustausches zwischen den ethnischen Minderheiten und ihren Muttervölkern". Als Stiftungsgremien wurden ein Vorstand und ein Kuratorium geschaffen, in die Burger nach und nach seine "Kameraden" unterbrachte, wie z.B. Erhard Hartung oder die beiden "Südtirolterroristen" **Herwig Nachtmann** und **Rudolf Watschinger**, beide bis heute in der rechtsextremen Szene aktiv. Burger selbst übernahm keinerlei Funktionen in den Stiftungsgremien und fungierte im Hintergrund als Berater des zunehmend seniler werdenden Niermann, was insbesondere auf eine belegbare Absprache mit dem Innenministerium NRW zurückzuführen ist, dem die politische Betätigung Burgers natürlich bekannt war und bei einer Übernahme von Ämtern in der Stiftung durch Burger einen politischen Skandal befürchtete. Wie bei einer solchen Konstellation zu erwarten war, flossen große Summen von Geldern, teilweise direkt, teilweise über Umwegfinanzierungen und nicht mehr nachvollziehbare Kanäle in die Hände rechtsextremer Kräfte, die sich der "Förderung des Deutschtums im Ausland" und "Rückgewinnung deutschen Bodens" verschrieben hatten. So wurde die NDP und Burgers Wahlkampf finanziert (wie die italienische Staatsanwaltschaft vermutet wahrscheinlich auch Anschläge der "Südtirolterroristen" in den achtziger Jahren), Gelder flossen an die "**Partei der deutschsprachigen Belgier**" (PCB), die "**Schwarzen Wölfe**" wurden finanziell unterstützt, die mehrere Anschläge auf die KZ-Gedenkstätte Struthhof (Elsaß-Lothringen) verübt hatten, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Mitte der achtziger Jahre konnte das Land NRW seine Augen nicht mehr verschließen und setzte einen Sachwalter ein, der vermutete "Unregelmäßigkeiten" prüfen sollte. Der Sachwalter, der Düsseldorfer Rechtsanwalt **Dr. Tondorf**, erstellte vom 1.11.86 bis zum 31.7.87 ein Gutachten, das zu einer Aberkennung der Gemeinnützigkeit der HNS für die Jahre 1984 bis 1986 führte. So ließe sich lt. Tondorf "die Behauptung, Herrn Dr. Burger seien erhebliche Geldbeträge persönlich zugeflossen, nicht widerlegen". Das Gutachten drängte auf "Eilbedürftigkeit" und insbesondere auf die Abberufung einiger Kuratoriumsmitglieder, darunter Hartung, Watschinger und Nachtmann. Doch das NRW Innenministerium als oberste Aufsichtsbehörde unternahm nichts. Noch 1990 saß die Burger-Connection im Kuratorium der Stiftung, Hartung sogar als Zeichnungsberechtigter. Erst danach wurde er abberufen. Seitdem präsentiert sich die HNS um ihren 1987 neu gewählten Vorsitzenden **Uwe Stiemke** und den Geschäftsführer und ehemaligen PDB-Fraktionsführer **Lorenz Paasch** als "gesäubert". Über die Aktivitäten dringt nur über Machtkämpfe um die Stiftungsmillionen, gegenseitige Verleumdungen und Prozesse etwas an die Öffentlichkeit. Durch den, vor allem aus Belgien, zunehmenden öffentlichen Druck, sah sich der Innenminister NRW, **Herbert Schnoor**, im Oktober 1993 gezwungen, den Bericht des Sachwalters Tondorf zu veröffentlichen. Plötzlich galt es "außenpolitischen Schaden zu verhindern". Währenddessen ist die Stiftung empfindlich geworden. Sie hat z.B. sämtliche Zahlungen an Ostbelgien eingestellt, mehrere Zeitungen und Journalisten wurden aufgrund ihrer Berichterstattung verklagt.

Das Thema Hermann-Niermann-Stiftung ist noch lange nicht beendet. Insbesondere die Rolle des Landes NRW bedarf einer eingehenderen Betrachtung, als dies bisher geschehen ist. Böse Zungen, wie das ehemalige Kuratoriumsmitglied **Wörderhoff**, behaupten, daß es Pläne gab, die Millionen der HNS klammheimlich in die **SPD-eigene Friedrich-Ebert-Stiftung** zu überführen. Die Spitze des Eisberges ist gekappt; unter der Oberfläche aber scheint viel größeres zu finden sein.

In der letzten Ausgabe der Antifa-NRW-Zeitung hatten wir den 1. Teil des folgenden Artikels abgedruckt. Er ist ein überarbeiteter Auszug aus dem frisch erschienenen Buch "Das Plagiat" (siehe Buchbesprechung weiter unten). Der Artikel beschäftigt sich mit einer Organisation, aus der ein Großteil der Redaktion der "Jungen Freiheit" stammt.

Im Hintergrund der Jungen Freiheit: Die "Deutsche Gildenschaft"

Teil II: Zum Stil der "Deutschen Gildenschaft"

Vom Stil der Burschenschaften und sonstigen Korporationen weicht die für die *Junge Freiheit* so wichtige Deutsche Gildenschaft ab. Anläßlich des 30. Jahrestages ihrer Neugründung 1988 wird die DG in *DESG-inform* 6/88 vorgestellt. Der Artikel wird hier ausführlich zitiert, weil er die besonderen Merkmale dieses Bundes in markanter Weise herausarbeitet:

"Innerhalb des deutschen Korporiertenwesens nimmt die Deutsche Gildenschaft eine Sonderstellung ein, da sie sich als politische Verbindung versteht und sich in großen Teilen auch heute noch der deutschen Jugendbewegung zugehörig fühlt. Sie tritt auf der Basis eines freiheitlich-demokratischen Staatsverständnisses aktiv für die Wiedervereinigung und das Heimatrecht ein und weiß ihre Akademiker in einer besonderen Verantwortung für Volk, Staat und Nation.

Wie alle Korporationen sind die Gilden und die Deutsche Gildenschaften Lebensbünde. Überlieferte korporative Formen wie "Kneipen", "Biercomment" und anderes, haben in ihr aber nur vereinzelt Platz. Auch deshalb können die meisten Gilden Studentinnen aufnehmen.«und anderes, haben in ihr aber nur vereinzelt Platz. Auch deshalb können die meisten Gilden Studentinnen aufnehmen.»Die Arbeit der Gilden ist während des Semesters vorwiegend theoretischen Fragen gewidmet. Debattierklubs sind sie deshalb nicht. Volkstanz, Musizieren, Wanderungen, Sport und Gesang sorgen für Entlastung von Studium und für eine erfüllte Freizeit.

Ein besonderes Erbteil der Jugendbewegung sind Fahrten, die die Deutsche Gildenschaft jährlich durchführt. Häufig werden Sprachinseln, Grenz- und Vertreibungsgebiete aufgesucht, in den letzten Jahren etwa Südtirol, die "Schwäbische Türkei" in Ungarn, Ostpreußen und Siebenbürgen.«in Ungarn, Ostpreußen und Siebenbürgen."[1]

Politischer Anspruch

Die DG vertritt - vielleicht in einem noch stärkerem Maße als der rechte Flügel der Burschenschaften - einen politischen Anspruch. Das Traditionselement, der Bezug auf Jugendbewegung und bündische Jungend, ist zwar stilbildend, aber kein Selbstzweck, sondern einem politischen Zweck untergeordnet. Dieser wird hier im völkisch-nationalistischen Sinne definiert. Die Einheit von "Volk, Staat und Nation" ist nichts anderes als das Kernideologem des Völkischen Nationalismus, wie es der Gildenschafter Hellmut Diwald etwa in der Präambel zum Programm der Republikaner von 1990 formuliert. Gesamt- und großdeutsche Ambitionen folgen zwanglos daraus.

"Dienendes Führen"

Die "besondere Verantwortung" des Akademikers und Gildenschafters zeichnet ihn aus als Mitglied einer "dienenden Elite", die ihren Machtanspruch daraus begründet, daß sie sich dem völkischen Ideal in besonderem Maße unterwirft: "Gildenschafter [...] haben die Zugehörigkeit zur Akademikerschaft immer als einen Auftrag aufgefaßt, sich selbst zum ***dienenden Führen*** heranzubilden. Der Elitegedanke in diesem Doppelsinne hat uns stets beschäftigt. Ein akademisches Standesbewußtsein, das sich vom Volksganzen abschließt, war uns von Anfang an fremd. Im Gegenteil: Berufensein zu Führungsaufgaben haben wir stets so verstanden, daß es die Fähigkeit einschließt, sich ein- und unterzuordnen, nämlich sich selbst in die Gemeinschaft der Korporationen und die akademische Gemeinschaft dem höheren Ziel der deutschen Selbstbehauptung unterzuordnen" (Hervorh. v. H. K.).[2]

Die Formel vom "dienenden Führen" erinnert stark an **Ernst Jüngers** Diktum, daß "Herrschaft und Dienst ein und dasselbe" (Jünger 1981, S. 20) seien. Bei Jünger wird deutlich, daß diese Ineinssetzung auf einer Umwertung des Freiheitsbegriffs beruht: Freiheit ist nicht die Freiheit der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft, sondern die Freiheit des Staates gegenüber den Individuen. Was die Freiheit des Staates impliziert - "was das Notwendige ist" (Jünger) -, darüber entscheidet das Interpretationsmonopol der Elite, die ihren Herrschaftsanspruch so autistisch als Dienst an den selbstdefinierten Notwendigkeiten deklarieren kann. In der Diktion Jüngers: "Man wird [...] die Ordnung [,] immer zu gering einschätzen, wenn man nicht in ihr das stählerne Spiegelbild der Freiheit zu erkennen vermag. Gehorsam, das ist die Kunst zu hören, und die Ordnung ist die Bereitschaft für das Wort, die Bereitschaft für den Befehl, der wie ein Blitzstrahl vom Gipfel bis an die Wurzeln fährt. Jeder und jedes steht in der Lehensordnung, und der Führer wird daran erkannt, daß er der erste Diener, der erste Soldat, der erste Arbeiter ist. Daher beziehen sich sowohl Freiheit wie Ordnung nicht auf die Gesellschaft, sondern auf den Staat, und das Muster jeder Gliederung ist die Heeresgliederung, nicht aber der Gesellschaftsvertrag. Daher ist der Zustand unserer äußersten Stärke erreicht, wenn über Führung und Gefolgschaft kein Zweifel besteht" (Jünger 1981, S. 19f).

Neoromantische Gefühlswelt

Die Erziehung des Jungakademikers zum "dienenden Führen" - die DG versteht sich als Erziehungsgemeinschaft - ist nicht vermittelt über die erwähnten Mannbarkeitsrituale, sondern über ein *neoromantisch geprägtes Gemeinschafts- und Naturerleben*. Die Einbeziehung von Frauen als Mitglieder und Führungskräfte hat hier eine gewisse kultivierende Wirkung, auch wenn weiterhin traditionell 'männliche' Werte dominierend sind. Die große Bedeutung des "Wandervogel-Offiziers" für die Bündische Jugend der 20er Jahre, auf den sich auch die ersten Gildenschafter beriefen, zeigt

---

1 Der Text findet sich etwas später wortidentisch in der (mittlerweile eingestellten) Zweimonatszeitschrift DER CONVENT (5/88) abgedruckt und wird dann von den *Blättern der Deutschen Gildenschaft* (3/88, S. 103) zitiert. Der Herausgeber von DER CONVENT war Dr. Herbert Keßler, gleichzeitig Vorsitzender der Humboldt-Gesellschaft e.V. (vgl. Lloyd u.a. 1991).

2 s. Hartmut Müller-Kinet, Ansprache auf der Bundesversammlung der DG am 4.6.1983 (BlDG 3/83). Den Hinweis auf diese Rede verdanke ich Sebastian Rheinfeldt.

Autor in "Welt" und "FAZ": Gildenschafter K.H. Weißmann

JF-Interview-Partner und Gildenschafter: Helmut Diwald

sich auch heute noch z.B. in der Verehrung von **Walter Flex**[3], dem Heros der Bündischen Jugend.

Die neoromantische Gefühlswelt ist verknüpft mit einem ausgesprochen antibürgerlichen Gestus, lebensreformerischen Asketismus und militanten Sendungsbewußtsein. Zwei Beispiele:

Anfang 1989 ist Dieter Stein zu Gast bei den 7. Bogenhausener Gesprächen, veranstaltet von der **Burschenschaft Danubia** und dem **Gesamtdeutschen Studentenverband** im Danubenhaus in München. Als Referenten sind der Ex-Kommunarde **Rainer Langhans** ("weiblich") sowie die "Nationalmarxisten" **Reinhold Oberlercher** ("staatsmännisch-charismatisch") und **Manfred Lauermann** ("arbeiterbewegt, Mann der Tat"). Es geht um die Langzeitwirkungen der Studentenbewegung. Stein berichtet darüber in der JF (2/89, S. 12). Er interessiert sich nicht für die Scharlatanerien dieser ehemals "führend[en]" (sic!) SDS-Aktivisten, wertet sie vielmehr auf, um daran dann die Reaktion des "konservativen Publikum[s]" zu messen. Ergebnis: die Burschenschafter erhalten schlechte Noten: "Sie selbst sind bester Beweis für den Schaden, den die Kulturrevolution von 1968 angerichtet hat. Hilflos versuchen sich einige in der Suche nach vorchristlichen Mythen von der »liberalistischen Kirche«abzuwenden; nichts anderes als atheistisches Pfeifen im Dunkel der kulturell» nicht aus ihrer BWL-Nickelbrille schauen würden, sehnen sich zurückgelehnt im Sofa nach Unterhaltung", statt "die Faust in der Tasche [zu] ballen und ganz feste an einem konservativen Gegenentwurf zur linksliberalen Okkupation der Gesellschaft [zu] denken, um dann mit der Beziehung ohne Trauschein in den verdienten Skiurlaub zu fahren."

Yuppi-Schelte betreibt auch **Michael Hageböck**. Auf der Kleinanzeigenseite inseriert er unter der Rubrik Arbeitskreise: "Yuppies unerwünscht! Naturverbundener Studentenkreis in Freiburg [i.e. die Gilde Balmung - H.K.] lädt zum gemeinsamen Wandern und Singen ein. Wir treffen uns wöchentlich zu einem Vortrag, gelegentlich auch zum Volkstanz" (JF 10/1992, S. 14).

Stein und Hageböck bündeln einige klassische kleinbürgerliche Stereotypen: die Mär vom harten, entsagungsvollen Kampf gegen den Feind, der im eigenen Lande steht; das Heldenlied der Arbeit - nur mit der eigenen Hände Arbeit; die Ablehnung bürgerliche Dekadenz im Namen alter bürgerlichen Tugenden oder romantischer Natur- und Gemeinschaftsverbundenheit.

Intellektuelle Kader

Theoretische Schulung ist ein wichtiges Element in der Erziehung des Gildenschafters. Das ergibt sich zum einen aus der engen Beziehung zur Hochschule, zum anderen aus der Verpflichtung jedes Mitglieds, die Prinzipien des Bundes in den gesellschaftlichen Bereichen, in denen er nach dem Studium wirkt, propagandistisch zu vertreten. Die Prinzipien sind niedergelegt in den verbindlichen Erklärungen der DG. Jede aktive Hochschulgilde legt ein Semesterprogramm vor, in dem zu einem Generalthema verschiedene Vortragsabende und Diskussionsveranstaltungen angeboten werden. Die Vorträge werden zu einem großen Teil von den studentischen Mitgliedern selbst bestritten. Im Wintersemester 1990/91 beschäftigt sich z.B. die Freiburger Gilde Balmung mit anthropologischen Fragestellungen: u.a. referiert Dieter Stein zu Ernst Jüngers *Der Arbeiter*, Annette Hailer stellt Aggressionstheorien vor und Martin Schmidt widmet sich dem Thema *Mensch und Technik im 20.Jahrhundert* (vgl. BlDG 1990, S. 102).

Auf großer Fahrt

Die *Fahrten* runden das Bild der "bündischen Korporation" (**H. Böhrsch**) ab. Die Sinngebung der Fahrten ist in hohem Maße rassistisch gefärbt. Während das "Bekenntnis zum Deutschtum"[4] die Multikulturalität der Nation verbietet, allenfalls eine rigide Assimilationspolitik gegenüber Einwanderer[5] zuläßt, gilt die Unterstützung des 'Auslandsdeutschtums' als Pflege der völkischen Substanz gegen jeden Assimilationsdruck der fremden Nationen. Der Gildenschafter und Alte Herr **Helmut Schröcke**[6] gibt in seinem Buch *Siebenbürgen. Menschen, Kirchenburgen, Städte* (Schröcke 1987) ein Musterbeispiel für den "Herrengestus" (Habermas) der "dienenden Elite" im Umgang mit anderen Nationen. Schrökke, der mehrere Großfahrten organisier-

3 Vgl. hierzu die "Feuerrede zu Walter Flex" des damaligen Aktivensprechers Karl-Eckhard Hahn anläßlich des DG-Bundestages in Bad Kissingen 1987 (BlDG 2-3/87, S. 101-103). Die "Feuerrede" ist Bestandteil eines Rituals, in dem das "Bundesfeuer" als Symbol des Bundes im Mittelpunkt steht, umrahmt von Liedern (1987 u.a. "Flamme empor"!) und der Totenehrung.

4 Für Christian Bohne (DHG Fidelitas-Karlstein Darmstadt) ist das "Bekenntnis zum Deutschtum" eine der "tragenden Säulen" der DG, neben der Meißnerformel und den Prinzipien "Freundschaft" und "Naturverbundenheit" (vgl. BlDG 4/88).

5 "Politiker, die meinen, aufgrund einer vergangenheitsbezogenen antinationalen Ideologie die deutsche Eigenart schwächen zu müssen, [...] verhindern eine entschlossene Integrationspolitik gegenüber außereuropäischen Einwanderern, so daß deren *Rassemerkmale dauernd mit entsprechenden kulturellen Unangepaßtheiten* verbunden bleiben. [...] Die schöne neue Welt, in deren Industriestädten dann nebeneinander das Gesetz unserer Arbeitswelt, das der Steppe, der tropischen Urwälder und der orientalischen Basars geltem soll, kann dann nur noch durch ein Verfahren geheilt werden: durch allgemeines, öffentliches und entschlossenes Ausklammern der Probleme" (Kurt Heißig: Schlagwort »Multikulturell«, in: BlDG 3/89, S. 90).»

6 Helmut Schröcke, Prof. für Mineralogie in München, war Mitbegründer des rassistischen "Schutzbundes für das deutsche Volk", Initiator und - zusammen mit seinem Bundesbruder Theodor Oberländer - Erstunterzeichner der nichtöffentlichen Fassung des "Heidelberger Manifests" (vgl. die Dokumentation in FR 4.3.1982).

te, "die in den letzten zehn Jahren viermal durch Siebenbürgen führten" (Vorwort), widmet sein Buch "den Siebenbürger Sachsen, die seit 850 Jahren fern von Deutschland unter unerhörten Opfern und Leistungen als Vorposten aushielten und ihre Art zu bewahren wußten".

Schröckes Fahrtenbericht liest sich wie ein Dokument des Völkischen Nationalismus. Da fehlt nicht der Hinweis auf das germanische Erbe und den kulturellen Traditionalismus der Siebenbürger Sachsen. Ihr "Geschichts- und Volksbewußtsein" sei "in dieser Zeit größter Wertzersetzung Vorbild für Wertbewußtsein und Werterhaltung und das in einem Lande mit wesentlich geringerer Freiheit als bei uns diesseits des eisernen Vorhangs" (S. 9). Dazu paßt die Anekdote vom "rücksiedelnden" Siebenbürger: angesichts einer ungewissen Zukunft sei diesem auf dem Münchner Hauptbahnhof - "beim Anblick der vielen Ausländer", so Schröcke - die "Erleuchtung" gekommen, Kirchenburgen zu bauen. Der Leser muß schlußfolgern, daß es offensichtlich zur "Mentalität der Siebenbürger" gehöre, die in der Ferne "umliegenden Völker" (d.h. vor allem Rumänen) als 'Ausländer' zu betrachten. Mit Empörung soll der Leser registrieren, daß Ceaucescu die Idee der "eine[n] rumänische[n] sozialistische[n] Nation" verfolgt habe. Diese Idee, die dem völkischen Nationalisten Schröcke anscheinend völlig unbekannt ist, wird von ihm als "chauvinistisches Konzept" (S. 23) gebrandmarkt. Die kulturellen Rechte der Siebenbürger Sachsen (von denen ein hier lebender türkischer Immigrant nicht einmal zu träumen wagt!) seien einem "Assimilationsdruck" ausgesetzt, der die "Selbstbehauptung und Bewahrung der eigenen Identität" (S. 23) gefährde. Die historische Aufgabe der Siebenbürger, "nämlich Schutz des ungarischen Königreiches und damit Vorposten und gleichzeitig Bollwerk Europas zu sein" (S. 24) - gegen die wahlweise mit "Russen" oder "Türken" assoziierte "Flut aus dem Osten" (S. 8) - drohe damit obsolet zu werden.

Helmut Kellershohn

Literatur

Aly, Götz/Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt/M. 1993

Brand, Hein: Bündischer Nachwuchs für die Witikonen. Der (Rechts)Außenseiter unter den Verbindungen, in: blick nach rechts 2/1991, S. 1-3

Gladen, Paulgerhard (unter Mitarbeit v. U. Becker): Gaudeamus igitur: Die studentischen Verbindungen einst und jetzt. 2. überarb. Aufl. München 1988

Gumbel, Emil Julius: Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924. Mit einem Vorwort zur Neuaufl. v. K. Buselmeier u. zwei Dokumenten zum Fall Gumbel. 2. Aufl. Heidelberg 1979

Hellfeld, Matthias von: Bündische Jugend und Hitlerjugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930-1939, Köln 1987

Kater, Michael H.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975

Kühnl, Reinhard/Rilling, Rainer/Sager, Christine: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt/M. 1969

Laqueur, Walter: Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie [1962]. Studienausgabe 1978, 2. unveränd. Aufl. Köln 1983

LUPE e.V. und BUNTSTIFT e.V. (Hg.): Verein für das Deutschtum im Ausland. Ein Organisationsprofil, o.O. [Berlin] 1993

Marcuse, Herbert: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Ders.: Kultur und Gesellschaft I, Frankfurt/M. 1968, S. 17-55

Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch [Hauptbd. u. Erg.-Bd]. 3., erw. Aufl. Darmstadt 1989

Petzold, Joachim: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. 2., überarb. Aufl. Köln 1983

Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Sonderausgabe in vier Bänden, Opladen 1986

Helmut Kellershohn (Hg.)

Das Plagiat

Der Völkische Nationalismus der *Jungen Freiheit*

DISS

Buchbesprechung: "Das Plagiat"

"Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit", so der Untertitel, ist das Thema des in der zweiten Jahreshälfte 1994 erschienenen Buches "Das Plagiat". Helmut Kellershohn als Herausgeber und andere dem "Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung" (DISS) zugehörige oder nahestehende Personen beleuchten in 11 Beiträgen das ideologische und organisatorisch-personelle Umfeld der seit Januar 1994 wöchentlich erscheinenden Publikation.

Die ideologischen Wurzeln der JF werden als gar nicht so "neu-rechts" in der "Konservativen Revolution " der 20iger Jahre entdeckt, die von Personen wie Carl Schmitt, Moeller van den Bruck oder auch Ernst Jünger geprägt war und die als Wegbereiterin des Nationalsozialismus gilt. Damals wie heute ist der "völkische Nationalismus" der ideologische Kern aller Bestrebungen.

Bei der nähreren Betrachtung der Redaktion der JF tritt erstaunliches zu Tage: Die Herkunft der Redakteure läßt sich fast ausnahmlos zu Vertriebenen-Verbänden und studentischen Verbindungen verfolgen, wobei hier vor allem der zur Sudetendeutschen Landsmannschaft gehörende "Witiko-Bund" und die Korporation "Deutsche Gildenschaft" zu nennen sind. In den verschiedenen Beiträgen des Buches werden detailliert Verbindungen der JF zu Gruppen aus dem rechtskonservativen und neofaschistischen Lager rekonstruiert. Die Zeitschrift "Criticon" als "... Junge Freiheit im Zeitschriftenformat" ist genauso Thema wie das Kulturverständnis in der JF oder der Ethnopluralismus als zentrales Ideologiemoment der Neuen Rechten. Insgesamt ein nicht immer ganz leicht zu lesendes, gut recherchiertes Werk mit sicherlich wissenschaftlichem Anspruch.

Foto: Transparent

Rechtslastige Jugendliche müssen vor versierten Neofaschisten geschützt werden, die bei ihnen die "Initialzündung" zur Gewalttätigkeit auslösen. Dies forderte Mitte November der Kölner Rechtsanwalt Reinhard Schön bei einer Anhörung im Düsseldorfer Landtag. Schön, Rechtsbeistand der Angehörigen der Opfer des Solinger Brandanschlags, erinnerte daran, daß unter den Augen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes in Solingen das genaue Gegenteil geschah und übte damit massive Kritik an den Methoden der Düsseldorfer Schlapphüte.

Der V-Mann als Initialzünder

V-Mann **Bernd Schmitt** habe gezielt rechtslastige Jugendliche für seinen **"Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverband"** (DHKKV) angeworben, in dem zahlreiche organisierte Neofaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet Mitglied waren. Bei mindestens einem der mutmaßlichen Solinger Brandstifter wurde dies zweifelsfrei nachgewiesen. Auch zwei seiner Mitangeklagten wurden nach Aussage eines Zeugen von Schmitt gezielt für den DHKKV angeworben, der der "Nationalistischen Front" nahe stand und nach ihrem Verbot in Verdacht geriet, eine NF-Nachfolgeorganisation zu sein. Der V-Mann habe, so formulierte es Schön, den rechtslastigen Jugendlichen auf diese Weise die "Gelegenheit zum Gebrauch der Droge" verschafft.

Schön wies darauf hin, daß neben Solinger Jugendlichen, die "Parolen im Kopf hatten", überzeugte Faschisten wie der Altnazi **Ernst-Otto Remer** Mitglied des DHKKV waren. Generalmajor a.D. Remer war entscheidend an der Niederschlagung des Aufstands vom 20. Juli 1944 beteiligt. In den letzten Jahren betätigte er sich u.a. als Auschwitzleugner und wurde deshalb wegen Volksverhetzung verurteilt.

In den Landtag eingeladen hatte die Landtagsfraktion des Bündnis 90/Die Grünen. Zu dem Hearing "Verfassungsschutz außer Kontrolle" erschien unter anderem auch der Düsseldorfer VS-Chef **Fritz-Achim Baumann**. Er kam mittlerweile zu der ernüchternden Erkenntnis, Schmitt sei "keine Lichtgestalt" gewesen, sondern ein "armes Schwein". Noch im Sommer hatte Baumann gemeinsam mit Innenminister **Herbert Schnoor** den umstrittenen Agenten in höchsten Tönen gelobt. Bei der Anhörung zum Thema "Verfassungsschutz außer Kontrolle", zu der Bündnis 90/Die Grünen luden, war Baumann nicht bereit, detailliert zum Einsatz des V-Manns Stellung zu beziehen.

Baumann hatte allerdings auch allen Grund, von der Lobpreisung des "nachrichtenehrlichen und zuverlässigen" Agenten in der rechten Szene abzurükken. Die Beweisaufnahme im Solingen-Prozeß vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht hatte nämlich ergeben, daß Schmitt einen wichtigen Hinweis auf mögliche Täter des Solinger Brandanschlags, den er noch am Tag der Tat erhielt, nicht an den VS weitergab.

Nach Schmitts Enttarnung hatten Baumann und Schnoor ihrem Agenten ein gutes Zeugnis ausgestellt: Schmitt hätte auf zwei bevorstehende Anschläge in Solingen hingewiesen, woraufhin das Nötige veranlaßt werden konnte. Das Düsseldorfer Oberlandesgericht kam in der Beweisaufnahme im Solingen-Prozeß jedoch zu einer anderen Erkenntnis. Die Hinweise auf die beiden Anschläge kamen nicht von Baumanns Top-Agent, sondern von zwei Jugendlichen, die sich an die Jugendgerichtshilfe in Solingen wandten.

Nicht nur in Bezug auf Solingen wurde das Vorgehen des VS im Bereich Rechtsextremismus bei dem B90/Grünen-Hearing kritisiert. In rechtsextremen Gruppen begehen V-Leute oft Straftaten bis hin zur Beteiligung an Anschlägen, kritisierte ein Bonner Journalist. Straftaten sind die Eintrittskarten in neofaschistische Kreise. Durch Straftaten machen sich die Mitglieder solcher Gruppen gegenseitig erpressbar und können sich so unter Kontrolle halten. Auch V-Leute müßten hierbei mitspielen. Das Begehen von Straftaten ist andererseits auch ihnen untersagt.

Beispielsweise bastelte Ende der 70er Jahre der Sprengstoffexperte der neofaschistischen **"Otte-Gruppe"**, **Hans Dieter Lepzien**, Bomben für Attentate. Lepzien war V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Der V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, **Peter Weinmann**, Mitorganisator der **"Wehrsportgruppe Hoffmann"**, war Anfang der 70er Jahre in zahlreiche Straftaten verwickelt. Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Düsseldorf umfaßte Vorwürfe wie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Gefangenenbefreiung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Klage wurde lautlos eingestellt.

V-Leute werden nach Erkenntnissen des Journalisten aus Bonn bei den Neofaschisten in der Regel angeworben und nicht eingeschleust. Es handelt sich daher um überzeugte Rechtsextremisten, die die Ziele ihrer Gruppen mit beeinflussen. "Wer kontrolliert das?", fragte warnend der auf das Thema Neofaschismus spezialisierte Bonner Journalist.

Nach seinen Recherchen wissen die infiltrierten rechtsextremen Gruppen oft darüber Bescheid, wer in ihren Reihen VS-Informant des VS ist. Es kommt auch vor, daß sie bewußt eine Person aus ihren Reihen für diese Aufgabe bestimmen. Dann werden nur abgesprochene Informationen an den VS weitergegeben und ein Teil der Honorare wandert in die Kasse der Gruppe.

Daß der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch den VS zu einer positiven Erfolgsbilanz geführt habe, bezweifelte auch **Jürgen Seifert**, langjähriger Vorsitzender der "Humanistischen Union". Er wirkte an der Reform des niedersächsischen VS-Gesetzes nach dem Skandal um das "Celler Loch" mit und setzte sich erfolgreich für eine verstärkte Kontrolle des VS ein. "Agentenmeldungen sind die unzuverlässigsten, die es überhaupt gibt", habe er schon von seinem Vater gelernt. Kein Wunder also, daß es keine wirkliche Kosten-Nutzen-Analyse über die Erfolge von V-Mann-Einsätzen gibt.

Eine positive Erfolgsbilanz zog hingegen Fritz-Achim Baumann. Ohne die Arbeit des VS würden die Republikaner heute

im Bundestag sitzen, protzte der Düsseldorfer VS-Chef.

Der Bremer Verfassungschützer **Lothar Jachmann** hingegen bezeichnete den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung rechtsextremer Parteien aufgrund der in Bremen gemachten Erfahrungen mit der DVU als überflüssig. Erkenntnisse über rechtsextreme Parteien seien auch anders als mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu bekommen. Bei der Beobachtung neofaschistischer Gruppen will Jachmann jedoch auf solche Instrumente nicht verzichten. "Eine ganze Reihe von Personen leistet wichtige und zuverlässige Arbeit über Jahrzehnte".

Nicht die Arbeit des VS, sondern viele andere Faktoren bewirkten die Niederlage der rechtsextremen Parteien bei den Wahlen, führte Jachmann aus. So hätten rechtsextreme Parlamentarier wegen ihrer inkompetenten und wenig kontinuierlichen Arbeit das Vertrauen der WählerInnen selbst verspielt. Ein Zuhörer erinnerte auch daran, daß etablierte Parteien mit dem Asylkompromiß ein klassisches Feld der Rassisten besetzt hätten.

Öffentlichkeit schadet dem VS nicht, meint Jachmann zur Frage der Kontrolle des VS. In der Regel öffentlich sind bereits die Sitzungen des Ausschusses für Verfassungsschutz in Berlin, teilte die Berliner Bündnisgrüne **Renate Künast** mit. Bündnis90/Grüne bekamen Ende letzten Jahres erstmals einen Sitz in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Bundestags, seit ihrem Einzug in den Bundestag 1983 waren sie auf Bundesebene von der Mitarbeit in der PKK ausgeschlossen. Die Parlamentarischen Kontrollkommissionen sollen die Kontrolle des VS auf Bundes- und Landesebene gewährleisten.

Für Nordrhein-Westfalen fordert der grüne Landtagsabgeordnete **Roland Appel** eine bessere Ausstattung und erweiterte Rechte für die PKK, die in Düsseldorf noch hinter verschlossenen Türen tagt. Appel und Künast betonten, daß der Rassismus der 90er Jahre seinen Ursprung in der Mitte der Gesellschaft hat. nachrichtendienstliche Methoden zur Observation der Ränder des politischen Spektrums seien daher zur gründlichen Bekämpfung des Rassismus wenig geeignet.

Appel und Künast sprachen sich für eine schrittweise Reduzierung der geheimdienstlichen Organisationsstruktur und eine Überführung des VS in eine politikwissenschaftliche Beratungsstelle mit zivilem und öffentlichem Charakter aus.

Niederlande: 19.11.1994 - Jahreskongreß der CP86 in den Niederlanden

Einmal im Jahr findet der Jahreskongreß der faschistischen Centrumpartij86 in den Niederlanden statt. Den Ort ihres Jahreskongresses versuchen die FaschistInnen immer geheimzuhalten, damit AntifaschistInnen ihre Organisationsstruktur nicht behindern oder verhindern können.

Der Veranstaltungsort für den am 19.11. angesetzten Kongreß war nach einem Versammlungsverbot für die FaschistInnen in Den Haag, auch dieses Jahr wieder nicht bekannt.

Trotzdem konnten die Antifazusammenhänge den Ort des Geschehens, Lisse, ermitteln. Dort hatten die Nazis ein Tagungsrestaurant unter anderem Vorwand angemietet. Über 300 AntifaschistInnen demonstrierten vor der Kneipe, in der sich ca. 80 Mitglieder der CP86 aufhielten. Trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit gegenüber den Faschisten und den minimalen Polizeikräften, die die Faschisten beschützten, beschränkten sich die AntifaschistInnen auf Krach- und Lärmschlagen, um den Kongreß der Faschisten zu stören. Die Polizei hatten ihnen nämlich versprochen, die Faschisten binnen einer halben Stunde abzutransportieren. Hatte doch der Wirt sein Einverständnis zur Vermietung zurückgezogen.

Daraus wurde aber dann nichts. Statt die Faschisten abzutransportieren, zog die Polizei mit Sondereinheiten auf und demonstrierte einmal mehr, daß wer, wann und wo sich versammeln darf niemand anderes als der Staat bestimmt. So fand der Abtransport der feixenden und mit Aschenbechern schmeißenden Nazis erst einige Zeit später statt. In dieser Zeit wurde auf dem Kongreß der CP86 unter anderem dem Parteinamen "Nationale Volkspartij" hinzufügt und die Delegierten stellten sich hinter den im Rotterdammer Rat sitzenden Martijn Freling, der in der Woche zuvor gefordert hatte, daß "alle Ausländer aus den Niederlanden weg müssen". Als die holländischen AntifaschistInnen die Angriffe der Faschisten beantworten wollten, kam es zum Polizeieinsatz gegen die AntifaschistInnen.

Das Geschehen in den Niederlanden ähnelt dem in Deutschland. Die Polizei sorgt mit ihrem Vorgehen für den Schutz von FaschistInnen. Sie begegnet selbstbestimmten Aktionen aus der Bevölkerung gegen FaschistInnen mit Einschüchterung der Bevölkerung und läßt obendrein unter ihren Augen und unter ihrem Schutz faschistische Übergriffe zu.

Das NRW-Landesamt für Verfassungsschutz brachte es fertig einen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1993 vorzulegen, der eine erschreckende Neuerung enthält. In dem Bericht wird davon gesprochen, rechts und links schaukelten sich hoch, wobei die "linken Autonomen" mit dem Terror begonnen hätten (S.30 des von Innenminister Schnoor (SPD) vorgelegten Berichts).

Schuld am Faschismus sind natürlich die AntifaschistInnen

Gleich des von Bundesbehörden unter Leitung des rechtsextremen Ministers Kanther fanden die Behörden in NRW heraus, und das wurde den Betroffenen der Schwarzen Liste "Einblick" sogar amtlich mitgeteilt, daß die Anti-Antifa nichts anderes sei als die Reaktion der Rechtsextremen auf die Bedrohung durch die Linken. Den von der Anti-Antifa Bedrohten wurde auch per VS-Bericht von NRW verdeutlicht, die Staatsschutzbehörden werden gegen den Nazigeheimbund, der im "Einblick" immerhin zur "endgültigen Ausschaltung" seiner Gegner aufruft, nicht wirkungsvoll vorgehen. Denn schließlich hätten es sich die Linken ja selbst zuzuschreiben. Kein Faschismus ohne Antifaschismus! So ist das.

Die Aktivitäten der terroristischen Anti-Antifa werden genutzt, um schärferes Vorgehen "gegen Radikale" anzukündigen - das dann gegen die Linke exekutiert wird. So wurden z.B. in Essen der PDS, DKP und SDAJ städtische Räume unter Hinweis auf den NRW-VS-Bericht und seine Aufschaukelungsthese verweigert. Entsprechend kriminalisiert bekam die Linke auch keine Genehmigung für die Demo anläßlich des EU-Gipfels in Essen. In Göttingen wurde bei der dortigen Autonomen Antifa das gesamte Adressenmaterial und das sonstige Archiv über die Nazi-Umtriebe von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Die Adressenlisten von AntifaschistInnen blieben aber im Besitz der Nazis. Mensch muß sogar vermuten, daß diese über V-Leute wie in Solingen Einblick in die VS-Dossiers erhalten, die über Linke angelegt wurden.

Inzwischen wissen wir, daß in Groß-Gerau (Südhessen) einige "Einblick"-Terroristen vor eine Jugendkammer des dortigen Amtsgerichts gestellt werden sollen, weil sie mittels "Einblick" zu Straftaten aufgerufen hätten. Das ist alles. Die Hintermänner und DrahtzieherInnen bleiben außer Verfolgung, obgleich sie bekannt sind. Die VS-Berichte 1993 von Bund und Land NRW nennen vor allem Christian Worch von der "Nationalen Liste" aus Hamburg als Anführer der Anti-Antifa und "Einblick"-Chef. Doch er bleibt dafür unbehelligt.

Als gegen Worchs Mann im Ruhrgebiet, Christian Sennlaub, vorgegangen werden sollte, hatte auch der seinen Schutzengel. In Dortmund hatten örtliche Staatsanwälte im Frühjahr 1994 versucht, mit dem Paragraphen 129a gegen die Sennlaub-Bande vorzugehen, um jedwede gemeinsame Aktion von Neonazis als Schaffung einer kriminellen Vereinigung und als Verstoß gegen das Verbot nazistischer Organisationen verfolgen zu können. Doch das Landgericht Dortmund hat in Übereinstimmung mit den Bundesbehörden eine entsprechende Anklage gegen die geheime Neonazi-Gruppe - es ist dieselbe, die seit Jahren antifaschistische BürgerInnen bedroht und terrorisiert - abgewiesen. Es wurden nur "Einzeltäter" und "Einzeltaten" bestraft. Es waren mal wieder nur "dumme Jungen"-Streiche.

Die Sicherheitsbehörden urteilen über AntifschistInnen, als seien diese die Feinde der Demokratie. Dies erinnert an die Zeit vor 1933. Bekanntlich zogen nicht einmal die zum Umsturz aufrufenden Boxheimer Dokumente der Nazis strafrechtliche Konsequenzen nach sich (siehe Pomorin u.a. "Blutige Spuren" - der zweite Aufstieg der SS, Dortmund 1980, S.184). Denn sie waren ja die Antwort auf einen angeblich möglichen "kommunistischen Putsch". Die Nazis brauchen auch heute nur eine Straftat der Linken zu erfinden und selbst ihre brutalsten Pläne finden somit "Verständnis". In Köln weigert sich die Staatsanwaltschaft, die "Deutsche Liga" zu verfolgen, die dazu aufgerufen hatte, sich nur noch bewaffnet an den NPD-Infostand zu stellen und gegen Andersdenkende mit Gewalt vorzugehen. Dies sei als Verteidigung denkbar, sagte der zuständige Oberstaatsanwalt gegenüber der VVN-BdA NRW, obgleich das Grundgesetz nur die unbewaffnete Versammlung der BürgerInnen zuläßt.

Doch gehen wir über von der Praxis der Anti-Antifa zu ihrer Theorie. Im "Einblick" findet sich eine grundsätzliche Präambel mit der Einschätzung: Die einzige Übereinstimmung der Nazigegner mit dem "dummprogrammierten Bundesbürger bleibt das 'ewige Zugpferd' der deutschen Linken, bleibt der 'Antifaschismus'." Daher sei Anti-Antifaschismus dringend geboten, und den versteht man in jenen Kreisen in seiner terroristischen Form, d.h. Andersdenkende sind zu bestrafen.

Diese Einschätzung teilt auch das Bundesinnenministerium. So ähnlich steht es in der Broschüre "Bedeutung und Funktion des Antifaschismus" des Bundesinnenministers von 1990 im Vorwort. Mensch ist bei der Verweigerung von Hilfe für AntifaschistInnen, ja sogar bei der Behinderung ihrer Arbeit, an die Zeit vor 1933 erinnert. Als einmal die SPD in Bayern die Hilfe der Bayerischen Volkspartei, der Vorläuferin der CSU, gegen die NSDAP-Banden erbat, antwortete am 11. November 1923 Dr. Fritz Schäffer, der spätere Vizekanzler unter Adenauer: Wir helfen Euch nicht gegen Eure Konkurrenten, "wir haben keinen Anlaß, uns gegen diese Verbände zu wenden, ihnen mit Mißtrauen entgegenzutreten." (lt. Tagesspiegel vom 20.5.1948 und Weißbuch der VVN "In Sachen Demokratie", Ludwigsburg 1960).

Die Rechtskonservativen begnügen sich heute nicht mehr mit ihrem alten Antitotalitarismuskonsens. Sie sagen "Vielleicht werden die frühen neunziger Jahre dereinst als eine Inkubationszeit für den Beginn eines Anti-Antifaschismus gelten." Das schrieb die FAZ (28.8.1991) bereits im Jahre eins des "neuen" großen Deutschlands. In ihm soll Antifaschismus keinen Platz mehr haben. Per Anti-Antifa - mal brutal neofaschistisch, mal elegant per VS-Bericht - soll er abgewikkelt werden.

Ulrich Sander (VVN-Bund der AntifaschistInnen)

In den frühen Morgenstunden des 10. November '94 wurde dem letzten Bundesführer der Wiking-Jugend, Wolfram Nahrath, und seiner Stellvertreterin, der "Bundesmädelführerin" Susan Gestrich aus Hohenstein-Eglingen/Baden-Württemberg, die Verbotsverfügung des Innenministers Kanther übergeben. Kurz danach begann eine groß angelegte Durchsuchungsaktion in zehn Bundesländern - mit mäßigem Erfolg. In der Bundesgeschäftsstelle der WJ in Stolberg bei Aachen wurden Laut Spiegel vom 14.11. "vorwiegend rechter Plunder und Devotionalien" gefunden - kein aktueller Schriftverkehr, kein neueres Propagandamaterial. Bei den anderen Razzien beispielsweise auf dem Gelände in Hetendorf bei Celle, wo die Wiking-Jugend seit Jahren zu Pfingsten ihre "Tage volkstreuer Jugend" ausrichtet, bot sich ein ähnliches Bild. Zufall?

Verbot der Wiking-Jugend

Innenminister Kanther begründete das Verbot der seit 42 Jahren bestehenden Organisation unter anderem damit, daß die "wehrhafte Demokratie" nicht hinnehmen werde, daß Nationalsozialisten durch ihre Propaganda und sonstige politische Tätigkeit die freiheitlich demokratische Grundordnung untergraben. Kanther: "Deutschland ist kein Tummelplatz für Extremisten, gleich welcher Art". Kritik an der Verbotsverfügung wurde aus dem nordrhein-westfälischen Innenministerium laut. Im Verbot sei kein Allheilmittel für den Umgang mit Rechtsextremisten zu sehen, so **Schnoor.** Und **Achim Baumann,** Chef des NRW-Verfassungsschutzes, bemerkte, daß die Wiking-Jugend es in den über 40 Jahren ihres Bestehens nicht geschafft hätte, den Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern.

Jedenfalls konnte die WJ auch in Nordrhein-Westfalen über vierzig Jahre lang ungehindert nationalsozialistische "Jugendarbeit" betreiben und ihre antisemitische und revanchistische Propaganda verbreiten. Die Organisation wurde im Februar 1952 in Wilhelmshaven gegründet und nach der Wiking-Division der **SS** benannt; der erste "Bundesführer" war der inzwischen verstorbene **Walther Matthaei.** Matthaei, ehemaliger SS-Mann und Funktionär der **Sozialistischen Reichspartei,** flüchtete in den 50er Jahren nach dem Verbot der SRP nach Spanien. Dort war er maßgeblich am Aufbau der wohl militantesten Wiking-Jugend, der spanischen **Juventud-Vikinga,** beteiligt. Nach 30 Jahren im Ausland ließ sich Matthaei 1988 zum Bundesvorsitzenden im "Notvorstand" der FAP wählen. Später engagierte sich Matthaei in der **Deutschen Alternative,** die 1989 von Kühnen-treuen FAP-Mitgliedern nach internen Auseinandersetzungen gegründet worden ist. Matthaei war bis zu seinem Tod Vorsitzender der DA.

"Capitan" Walter Matthaei (stehend)

Seit längerem befindet sich die Bundesstelle der Wiking-Jugend in Stolberg bei Familie Nahrath, die über mehrere Generationen die Bundesführer der WJ stellt und fest im nationalsozialistischen Lager verankert ist. Die Mitgliederzahl wurde zum Schluß mit ca. 400 angegeben.

Ideologie und Organisationsstruktur der Wiking-Jugend

Die WJ lehnte sich organisatorisch und Sprachgebrauch eng an die **Hitlerjugend** an. Öffentlich grenzte sich die WJ zwar mehr als halbherzig von der HJ ab. In einer Presseerklärung von 1985 schwadroniert ein WJ-Mitglied: "Wer sich mit der Geschichte der Hitler-Jugend befaßt hat, wird begreifen, daß ein derartiges Phänomen nicht wiederholbar ist. Weder die mit Milliarden von Steuermitteln unterstützten Jugendringe noch die Jugendorganisationen selbst erreichten eine derartige Effektivität in 40 Jahren wie die Hitler-Jugend in der Zeit von 1933 - 1945. ..Daher die vergleichsweise winzige Wiking-Jugend als "Nachfolgeorganisation" der Hitlerjugend zu bezeichnen, ist eine Lächerlichkeit, die auf den zurückfällt, in dessen Gehirnwindungen dieser Blödsinn entstanden ist." Aber die Gliederung des Bundes in Gaue, Horste, Fähnlein und Mädelringe und die Bezeichnungen Pimpfe und Mädel zeigen deutliche Parallelen zum historischen Vorbild und ideologisch gibt es annähernd keine Unterschiede. "Nordland" ist für die Jungwikinger ein zentraler Begriff. Auch in der Verwendung der Odalsrune in ihrem Abzeichen, in ihren Feierlichkeiten (Sonnenwendfeiern, Julfeiern) und in ihrem Sprachgebrauch (Monate in germanischen Bezeichnungen) beziehen sie sich - ähnlich wie die Artgemeinschaft - auf ihre vermeinlich germanischen Ursprünge und leiten daraus ihre angebliche "rassische Überlegenheit" ab. Die WJ sieht sich selbst nicht als Partei, eher als "nordländische" und "volkstreue" Eliteorganisation.

Offen faschistische Ideologie propagierte die WJ in ihrer Zeitschrift "Wikinger". Da wird Hitler zum Heiligen erklärt und "Jungen und Mädel" sollen die Liebe zum Vaterland entdecken. Dem männlichen Nachwuchs wird empfohelen, "sich dem Kampfe hinzugeben, bedingungslos - ohne jeden Lohn". Karrikaturen propagieren offenen Rassismus nach dem Motto "Stoppt Rassenmischung".

Wolfgang Nahrath, langjähriger WJ-Vorsitzender

In den regelmäßig durchgeführten Lagern und auf den Fahrten standen durch zum Beispiel Morgenappelle, "sportliche Wettkämpfe" und lange Tagesmärsche die Einübung von Disziplin, Gehorsam gegenüber den Führern und militärischem Drill auf der Tagesordnung. Die "Mädel" wurden durch gesonderte Programmangebote wie Kräuterkranzbinden oder bestimmte Volkstänze auf ihre Rolle als "liebevolle Mütter" und "Kameradin" vorbereitet. Auch auf die ideologische Schulung wurde viel Wert gelegt. Den Kindern und Jugendlichen wurde ein geschlossen faschistisches Weltbild präsentiert; sie wurden zum Haß auf Ausländer, auf Andersdenkende und auf die Demokratie erzogen. Die WJ predigt das "Ideal" des "arischen, rassereinen" Menschen. Antisemitische und antikommunistische Hetzschriften und regelmäßige Vorträge alter SS-Kämpfer sollten das Weltbild der Jugendlichen und Kinder prägen und sie auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereiten. Auf Kontakt zu den teilweise als Helden verehrten Kämpfern aus der NS-Zeit wurde sehr viel Wert gelegt - Traditionspflege im nationalsozialistischen Lager. In der Einladung zu den "37. Tagen volkstreuer Jugend" schreibt der damalige Bundesführer **Wolfgang Nahrath** unter dem Motto "Das Reich - Erbe - Verantwortung - Zukunft": "Das Deutsche Reich - nicht die Bundesrepublik, die von Siegermachtsgnaden eingerichtet worden ist, wird das zukünftige tragende Glied zwischen Ost- und Westeuropa sein. Unter diesem Blickwinkel werden Vortragende aus der Erlebnisgeneration Gedanken und zu verwirklichende Pläne vermittelt. Die junge Kriegsgeneration hat geduldig das Erbe getragen - nun kommt die Zeit, da die Verantwortung für den Volks- und Artraum der nächsten Generation übergeben wird." und im Fahrtenplan 1988 "Ostland - und das trägt ein deutsch Gesicht" schreibt Nahrath im Vorwort: "Daher müssen wir, bei dem seit 43 Jahren ausstehenden Friedensvertrag, ohne den geringsten Abstrich das unter polnischer Verwaltung stehende Ostdeutschland zurückführen. Die Polen müssen einsehen, daß sie Ostdeutschland weder bewirtschaften noch erhalten können, noch behalten dürfen. Wir stellen fest: Ostdeutschland ist ein Teil des deutschen Reichs! Breslau, Königsberg, Stettin sind deutsche Städte wie Berlin."

Die Wiking-Jugend war eigentlich keine Jugendorganisation, häufig waren ganze Familien eingebunden; in einer Presseerklärung von 1985 bezeichnet sich die WJ selbst als "eine Jugendbewegung mit Dynamik und Vielseitigkeit, und zusätzlich eine gewachsene Notgemeinschaft junger volkstreuer Familien zur Erziehung ihrer Kinder". Daß die Eltern, die ihre Kinder (ab 6 Jahren) in die Obhut der WJ gaben, dem Gedankengut selbst nicht fern standen, liegt auf der Hand. Häufig waren sie selbst aktive Mitglieder der Organisation. Auch auf den Fahrten und Veranstaltungen wurden die "Alt-Wikinger" eingebunden, wie zum Beispiel auf einer Fahrt nach Dresden, bei der kulturelle Veranstaltungen im Mittelpunkt stehen sollten.

Die Rolle der Wiking-Jugend im neofaschistischen Lager

Die Wiking-Jugend versteht sich selbst nicht als Partei, eher als Eliteorganisation im "volkstreuen Lager". Mitglieder aus verschiedensten Organisationen und Parteien finden sich in ihren Reihen wieder, sie fungierte als "Durchlauferhitzer" für das militante rechtsextreme Spektrum. WJ-Mitglied **Uwe Rohwer** beispielsweise wurde schon im Mai 1979 für schuldig befunden, bewaffnete Banküberfälle für eine "Werwolfuntergrundarmee durchgeführt zu haben. **Odfried Hepp**, ehemaliger "Gauführer Schwaben" der WJ, wurde als Mitglied einer terroristischen Vereinigung wegen versuchten Mordes und wegen Sprengstoffanschlägen zu zehneinhalb Jahren Haft verurteilt. Etliche Funktionäre rechtsextremer und neofaschistischer Gruppen begannen ihre Karriere in der WJ, von der ehemaligen Ratsfrau der **Republikaner** in Köln bis hin zu dem Gründungsmitglied der **Bergischen Front**. Viele ihrer ehemaligen Mitglieder sind gleichzeitig in der FAP, in der JN und früher in der ANS/NA aktiv gewesen. Kontakte zu der **Artgemeinschaft** oder zum **WSL** können ebenfalls innerhalb der Organisation geknüpft werden.

1985 gründete die WJ zusammen mit Aktivisten der verbotenen ANS die **VAPO** (Volkstreue außerparlamentarische Opposition) als gemeinsame Aktionsplattform. Beide Bündnispartner erhofften sich dadurch größere Durchschlagkraft. Die erste Aktion bezog sich auf eine Veranstaltung des DGB zum 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus. In ihrem Aufruf fordern sie "volkstreue Kräfte, Nationalliberale, Nationalkonservative, Nationale Sozialisten und Nationalrevolutionäre" auf, "aus diesem Anlaß alle kleinen Differenzen (zu) vergessen und Einigkeit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind und für gemeinsame Ziele (zu) beweisen". Ca. 150 militante Faschisten folgten dem Aufruf zu einer Gegendemonstration in Aachen. Obwohl es zu

WJ-Mitglieder beim Aufmarsch in Halbe, 17.11.91

Christa Goerth, ehemalige HNG-Vorsitzende

zahlreichen Auseinandersetzungen und anderen strafbaren Delikten gekommen ist, konnten die 58 vorübergehend festgenommen Nazis am Abend wieder nach Hause gehen. Das Aktionsmotto lautete "Alle machen mit, keiner ist verantwortlich".

Jedes Jahr veranstaltete die WJ zu Silvester ein "Mahnfeuer" an der ehemaligen DDR-Grenze bei Hilders an der Rhön um ihre Gebietsansprüche gen Osten deutlich zu machen und ihren antikommunistischen Ressentiments Ausdruck zu verleihen. In einer Presseerklärung schreibt die WJ 1985: "Wer die imperialistische Politik Rußlands einer eingehenden Betrachtung unterzieht, wird - so er über ein logisches Denken verfügt - feststellen, daß sich der Drang zum Atlantik auch unter den roten "Zaren" fortgesetzt hat ... Der russische Bär hatte immer einen guten Magen und es ist keineswegs abwegig, darüber nachzudenken, ob nicht seine Besatzungszone als 17er Staat der UdSSR gut zu verdauen wäre."

Auch in der Auseinandersetzung um die Homosexualität **Michael Kühnens** mischte die Wiking-Jugend kräftig mit. Der damalige Bundesführer Wolfgang Nahrath hatte eindeutig gegen Kühnen Stellung bezogen und setzte einige Zeit später auch viel Energie darein, Kühnens Aids-Erkrankung nachzuweisen, öffentlich zu machen und ihn als "Führer" endgültig auszuschalten. In seinen Briefen an **Christian Worch, Christa Goerth** und ausländische Faschisten versuchte er, mit übelster Homosexuellenhetze und persönlichen Beschimpfungen von Kühnens Gefolgsleuten gegen ihn Stimmung zu machen; er ging sogar so weit, Goerth als damaliger HNG-Vorsitzender in Bezug auf den inhaftierten Kühnen zu schreiben "Im Übrigen, ein kampferfahrener Mann fällt nicht so schnell in die Hände seiner Feinde, aber das können Sie ja nicht richtig einschätzen, da Ihnen diesbezüglich die soldatische Erfahrung fehlt."

In der folgenden Zeit sind Mitglieder der WJ an den Aufmärschen der militanten Rechten beteiligt wie bei dem "Heldengedenktag" in Halbe oder bei den Demonstration für den von Zuhältern ermordeten Rainer Sonntag in Dresden. In den 90er Jahren war es der WJ gelungen, ihre Organisationsstruktur nach Ostdeutschland auszubauen.

In der letzten Zeit setzte der ehemalige Bundesführer der WJ, Wolfgang Nahrath, zunehmend auf das parteipolitisch organisierte Spektrum der Rechtsradikalen. Im Dezember 1992 verschickte er an **NPD, DVU, Rep, FAP** und **DKeG Österreich** ein FAX, in dem er eine gemeinsame Stellungnahme zum "Ausländerproblem" und "zum geplanten Maulkorbgesetz" vorschlägt. Ab 1992 intensiviert Nahrath auch seine Mitarbeit bei der NPD. Sei Duzfreund **Deckert** ist von Nahraths Angebot, verstärkt in der Partei mitzuarbeiten, sehr angetan und bietet ihm gleich verschiedenste Aufgabenbereiche innerhalb der NRW-NPD an ("Gerade in NRW werden gute Leute gebraucht. Im Bereich Schulung könntest Du mitarbeiten - zuständig **U. Voigt, H. Lehmann, Th. Salomon.** Den AK Ostpolitik könntest Du federführend übernehmen", Deckert an Nahrath, 20.1.92). Nahrath seinerseits schlägt "Redner aus der VAPO" vor, um das Image der NPD aufzubessern. Nahrath ist inzwischen im Landesvorstand der NPD. Im September 1994 sprach Nahrath zusammen mit Deckert auf einer Wahlkampfkundgebung der NPD, bei die Zuhörerschaft größtenteils aus FAP- und GdNF-Kadern bestand.

"Der Wikinger" - Mitgliederpublikation der WJ

Nach dem Verbot fährt die WJ eine Doppelstrategie. Zum einen versucht sie, die Mitglieder in die NPD-Jugendorganisation zu integrieren. Die Adresse der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten ist die Adresse Nahraths in Stolberg.

Andererseits bieten die guten Auslandskontakte der WJ Ausweichmöglichkeiten. "Partnerorganisationen" der WJ existieren in Spanien, Frankreich, Holland, Flandern, Schweiz, Norwegen, Australien und Neuseeland. Vor allem Ihre Wehrsportübungen werden zukünftig wohl im benachbarten Ausland abgehalten werden.

Von der "Reichsjugend" (Jugendorganisation der 1952 verbotenen SRP) zur "Wiking-Jugend"

Bleiberecht für Flüchtlinge

Für das Bleiberecht von Roma und allen anderen Flüchtlingen sprachen sich 150 Roma und DemonstrantInnen am 9. November in Bochum aus. Die Aktion fand im Rahmen der Europaweiten Kampagne gegen die Verfolgung und Vertreibung der Roma statt.

Zu Bochums Abschiebepraxis läßt sich kurzgefaßt folgendes sagen: Die Schreibtischtäter der Stadt Bochum organisieren zwischen 150 und 200 Abschiebungen im Jahr. Zweidrittel aller Menschen, die deportiert werden, läßt die Stadt Bochum vorher in Abschiebeknäste sperren. Die Abschiebeabteilung des Ausländeramts erfuhr zur Menschenjagd eine personelle Aufstockung und die Anschaffung von eigenen Fahrzeugen zum Transport der Menschen zum Flughafen.

Abgewiesen

Der Ex-Oberstaatsanwalt Dr. Karl Lucks wurde mit seiner Beschwerde wegen seiner Suspendierung vom Dienst vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen und auf den Rechtsweg verwiesen. Zu der Suspendierung Lucks war es gekommen, weil seine Bundestagskandidatur für die Reps im Oktober 1994 für das Justizministerium NRW ein beamtenrechtliches Dienstvergehen darstellt.

Fliegende Blumentöpfe

und Bierflaschen, Gießkannengüsse und wütende Redeschwalle erntete der Lautsprecherwagen der **Republikaner** während seiner Propagandafahrten durch Bochum. So massiv, daß eine Zeitlang eine Zivilstreife für den Schutz der braunen Akustik sorgen mußte. Trotz ihrer lautstarken Verdrehungen und Halbwahrheiten kamen die Reps dann doch nur auf 1,56 % für den Bochumer Rat.

Jüdischer Friedhof geschändet

Am Wochenende des 12./13. November schändeten Unbekannte den jüdischen Friedhof in Altenbochum. Es ist unklar, ob dies im Zusammenhang zu dem **Wiking-Jugend** -Verbot, das in der Woche davor erlassen wurde, geschah. Fest steht, daß einige der Wiking-Jugendmitglieder, die vor diesem Wochenende auf dem Parkplatz der Gedenkstätte des ehemaligen KZs Buchenwald verhaftet worden waren, mit einem Bochumer Pkw anreisten.

Antisemitische Christen

In dem Bochumer Übergangsheim an der Bayernstraße wurde ein antisemitisches Flugblatt eines **Christlichen Informationsdienst** verteilt. Diese "Glaubensnachrichten" aus Nürnberg bedienen vor allem die Jahrhunderte alte christliche Hetze auf die jüdische Religion und verbreiten: "Heute sind die Kirchen durch den ganzen Auschwitz-Terror so eingeschüchtert, daß keine Theologen - Kommission der Welt den Mut aufbringt, öffentlich zu fordern, daß der Talmud, das böse Buch der Juden, endlich verboten werde." und "Ich kann nur beten, daß noch viele Juden den HERRN JESUS als ihren Messias und Herrn erkennen, denn allein das ist die einzig richtige Endlösung der Judenfrage.". Für Propagandisten solch gemeingefährlichen Mists dürfte der "Tag des Jüngsten Gerichts" mit der Anwesenheit des Juden Jesus von Nazareth recht wünschenswert sein. Oder?

Elf Stunden Haft für zwei REP-Plakate

Am 30. September entfernten drei antifaschistische Jugendliche zwei Hetzplakate der REPs vor dem Bochumer Hauptbahnhof. Eine vorbeifahrende Polizeistreife nahm sie fest und brachte sie auf die Stadionwache. Dort wurde ihnen jeder Kontakt zur Familie, sowie das zustehende Telefonat mit einem/r Anwält/in verweigert. Stattdessen wurden sie über Nacht, elf Stunden in Einzelzellen, bei permanentem Licht und ohne Essen eingesperrt.

Kurz nach ihrer Festnahme nahm eine weitere Polizeistreife zwei Punks fest, die Unweit des Geschehens in einer Gruppe vor einer Kneipe standen. Die Streife fuhr vor und sprach den Jugendlichen einen Platzverweis aus. Als die beiden Punks sich nach Anlaß und rechtlicher Grundlage dieser Anweisung erkundigten, wurden sie verhaftet und bekamen im Fahrzeug von den Beamten zu hören, mit Republikanern gäbe es nicht solchen Ärger wie mit ihnen. Auch sie wurden ohne Anwaltskontakte über elf Stunden inhaftiert.

Als Resonanz auf diesen polizeilichen Übergriffs wurden gegen die beteiligten Beamten Dienstaufsichtsbeschwerden gestellt.

Verschiedene Initiativen richteten einen öffentlichen Brief an den Polizeipräsidenten **Wenner**. In diesem wurde er aufgefordert, sich um die politische "Blickrichtung" seiner BeamtInnen zu kümmern, sowie die SchreiberInnen des Briefes von dem wohl vorliegenden Ermächtigungsentscheid in Kenntnis zu setzen, nach denen Bochums Polizei mißliebige Personen mit Platzverweisen aus der Innenstadt selektieren kann und zu BürgerInnen zweiter Klasse macht.

Denn der Platzverweis gegen die zwei Punks reiht sich ein in die unzähligen Platzverweise, die Bochums Polizei gegen Drogenabhängige und Obdachlose ausspricht. Platzverweise, um die Konsumzone Innenstadt frei zu halten. Frei von Menschen, die nicht reich genug sind, um zu konsumieren. Frei von Menschen, die sichtbarer Beweis der Unmenschlichkeit und des Sozialdarwinismus der kapitalistischen Gesellschaft sind und die durch ihre reine Anwesenheit den Erfolg und die Reibungslosigkeit dieses Systems in Frage stellen.

Faschistische Verwüstungen im Studentenheim

Im Studentenwohnheim an der Stiepeler Straße 71a randalierten in der Nacht des 13. auf den 14.11.1994 eine unbekannte Zahl von Faschisten. Den Zugang ins Haus erhielten sie offensichtlich, indem sie schellten und ihnen die Haustür aufgedrückt wurde. Sie brachen die Briefkästen auf und zerrissen und schleuderten Post durch die Gegend. Türen mit nichtdeutschen Namensschildern beschmierten die Täter mit Rassistensprüchen, SS-Runen und Hakenkreuzen. Ein ausgehängtes Plakat mit Gleichberechtigungsforderungen von Frauen kommentierten die "Herren"menschen mit "Fick mich".

Wohnheimsprecher und Hausmeister empfanden dies als "dummen Jungenstreich". Und wie so oft bei den rassistischen Belästigungen in der letzten Zeit mußten wieder einmal die Betroffenen auf die KommilitonInnen zwecks Stellungnahmen zugehen.

Freiheit Wattenscheid

Immer offensichtlicher wird der rechtsradikale Hintergrund der Postille **Freiheit Wattenscheid.** Neben den üblichen heimattümelnden Berichtchen, Hetze gegen Flüchtlinge und angeblich kriminellen AusländerInnen sowie dem Wunsch nach einem starken Staat befinden sich Veranstaltungshinweise der DL (Deutsche Liga für Volk und Heimat), Werbung für den **Donnerverlag**, die **UN**, die **Deutsche Zukunft** der **NPD** und Wahlempfehlungen für NPD und **REPs** in dem Heftchen. Wahlerfolge "volkstreuer Kräfte" in Europa werden gefeiert und der rumänische Faschistenführer der 30er Jahre **Corneliu Codreanu** samt dessen "Eiserner Garde" hochgelebt. Vom Rudolf Hess-Marsch in Luxemburg läßt **Michael Frank** Betroffene berichten und für die Leser der FW war die FW-Redaktion gleich bis nach Flandern gereist, um von der 67. Ijzerbedevaart-Feier und dem "harmonischen Fest" im Hoof van Vlaanderen zu berichten. In dieser Kneipe gibt es alljährlich ein internationales Stelldichein der Nazi-Szene, bei dem die JN aus NRW auch teilnimmt. Und so wundert es auch nicht, daß die Adresse der FW mittlerweile identisch mit der der Landeszentrale der NPD ist. Bei soviel guten Kontakten wirbt die FW dann auch mit dem Begriff "Gesinnungsgemeinschaft" für sich.

SPENDENAUFRUF !!!

Am frühen Morgen des 22.12.94 wurde das Büro der Antifa Bonn/Rhein-Sieg und einiger anderer politischer Gruppen durch einen Brandanschlag völlig zerstört. Der geständige Täter, der zwei Tage vorher bereits einen Brandanschlag auf den linken Buchladen 'Le Sabot' verübt hatten (bei dem zum Glück jedoch nur geringer Sachschaden entstand), rechnet sich in seiner Aussage bei der Polizei selbst der 'linksautonomen Szene' zu. Tatsache ist, daß er seit mehr als sieben Jahren nicht mehr in der politischen Szene aktiv gewesen, sondern offensichtlich schon vor längerer Zeit in die Drogenszene abgerutscht ist. In der letzten Zeit sprach er vermehrt Leute, die er für 'Autonome' hielt, mit wirren Ideen an. Dabei stieß er regelmäßig auf Ablehnung. Tatsache ist, daß es sich bei dem Anschlag in keinster Weise um die Austragung von Grabenkämpfen innerhalb der linken Bewegung in Bonn handelt, sondern um die Tat eines Einzelnen. Tatsache ist auch, daß uns neben dem Verlust des Büros ein Schaden in Höhe von ca. 40.000 DM entstanden ist. Um unsere Arbeit so bald wie möglich in vollem Umfang wieder aufnehmen zu können, bitten wir um finanzielle Unterstützung.

Spendenkonto: M. Schneider, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto. 202 280-505 Stichwort: 'Aufschwung '95'.

Vorübergehend sind wir zu erreichen über: Buchladen Le Sabot, Breite Str.76, 53111 Bonn

Das Büro der Antifa Bonn/Rhein-Sieg nach dem Anschlag

Anti-Antifa

Erst vor wenigen Wochen erfuhren wir von einer Flugblattverteilungsaktion der **Anti-Antifa Witten** vor einer Dortmunder Diskothek im August 1994. Gleich drei verschiedene Flugis wurden hinter die Scheibenwischer der dort parkenden und sich nicht wehren könnenden Autos geklemmt. Mit reißerischen Parolen wie: "Die nationalistische revolutionäre Selbsthilfe aufbauen" oder "Schluß mit dem roten Straßenterror" wurde die Anti-Antifa Witten erstmalig auf unserem Stadtgebiet aktiv. Das letzte Flugblatt "Brutaler Polizeieinsatz gegen Nationalisten in Dortmund-Mengede" war jedoch von einer **Antirepressionsgruppe Ruhrgebiet** unterzeichnet. Da diese Gruppe bisher nicht in Erscheinung trat, Umformierungen im rechten Lager nicht wahrgenommen wurden, ordnen wir sie den letzten übriggebliebenen **FAP-Kräften** der Region zu. Auslöser für dieses Flugblatt war der von der Polizei aufgelöste Jubiläumskongreß der **Jungen Nationaldemokraten** (JN) am 4.Juni in Dortmund. Dies unterstreicht unsere Einschätzung, daß die Kräfte der FAP, **Deutsche Nationalisten**, NPD und JN näher zusammenrücken. Schon in den letzten Jahren kooperierten die FAP Verbände aus Witten und Dortmund mit ihren Anführern Sennlaub und Borchardt mehr oder weniger gut miteinander.

Kommunalwahlen in Dortmund

Die mit 6,3% der Stimmen 1989 in den Dortmunder Rat gezogenen Republikaner landeten bei der Wahl am 16. Oktober bei 1,8 % der Stimmen. Für AntifaschistInnen wahrlich kein Grund zum Feiern, da doch die Dortmunder CDU und ihr Vorsitzender Hovermann als schlechte Rep-Kopie den Wahlkampf erfolgreich gestaltete und diese Prozente nun ihr eigen nennt. Der Wunsch Hovermanns "Lieber zwei Republikaner als ein Grüner" bewahrheitete sich jedoch nicht. Dieser hetzte noch bis kurz vor der Stimmenabgabe gegen Asylbewerber, verlangte mehr Polizei und den starken Staat und forderte Zwangsarbeit für Sozialhilfempfänger. Im Dortmunder Norden lagen die Republikaner bei immer noch 4 - 4,5 % aller Stimmen. Die NPD landete bei all ihren Wahlkampfbemühungen bei 0,01 %.

Adios Waldemar

Der Dortmunder Rep-Kreisvorsitzende **Waldemar Stanko** wurde 3 Tage vor der Wahl von seiner Tätigkeit als Studienrat der Fächer Geschichte, Politik und Sozialkunde suspendiert. Seinen wohl letzten öffentlichen Auftritt gestaltete er spektakulär: am Wahlsonntag provozierte er als stellvertretender Wahlleiter eines Wahllokals und hängte ein Rep-Plakat in den Eingangsbereich der Gaststätte.

Neue Fahndungsmethoden

Im Zuge einer bundesweiten Fahndung nach zwei "Entsprungenen" am 2. November 1994 stellte sich bei einem Beamten einer Streifenwagenbesatzung ein dringendes menschliches Bedürfnis ein. Als dieser in einem Waldstück bei Schwerte/Ergste endlich seinen Baum gefunden hatte, traute er seinen Augen nicht, saß doch dort unter einem Tarnnetz ein bewaffneter Wehrsportjünger im Kampfanzug. Bei dem 26jährigen Schlosser und in seinem Wagen (Opel Ascona 1,6 S mit dem amtl. Kennzeichen DO-NY 966) wurden eine Automatikpistole und ein Pumpaction-Gewehr, das mit Schrotmunition aufgerüstet war, gefunden. Die Durchsuchung seiner Dortmunder Wohnung ergab weitere Waffen, sowie Chemikalien zur möglichen Herstellung von Bomben. Desweiteren wurden NS-Schriften- und Embleme sichergestellt.

Prozeß

Am 7. November begann der Prozeß gegen den 18jährigen Skinhead **Jörg** (oder Jörn) **Peters** aus Hamm vor dem Dortmunder Landgericht. Peters sitzt zur Zeit in der JVA Herford und trat am 13. März durch grausame Brutalität ins Licht der Öffentlichkeit. Ohne Grund brachte er einen 61jährigen Obdachlosen in der Hammer Innenstadt durch massive Tritte ins Gesicht beinahe um. Er erhielt am 7. Dezember eine 3jährige Jugendstrafe.

Heckenschützen auf Zeit

Mitte November ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen die Firma **Euro Bus** Vermittlung aus Leibfingen. Diese charterte Busunternehmer, die in finanziellen Schwierigkeiten steckten. Ende 1993 wurden dann die Söldner auf Zeit nach Serbien verfrachtet, Zusteigemöglichkeiten waren neben Dortmund noch Düsseldorf und Frankfurt. Auffällig viel Gepäck hätten die Reiseteilnehmer mitgenommen, jedoch kaum etwas zurücktransportiert, schilderte einer der angeklagten Busfahrer.

Justitia I

Der erst am 21. November in Detmold verhaftete **Meinolf Schönborn** ist wieder auf freiem Fuß. Nachdem er ankündigte, seine Aktivitäten nach Dänemark zu verlagern, bestand für die Staatsanwaltschaft erhebliche Fluchtgefahr. Sie wirft ihm seit Juni 1994 vor, die NF weitergeführt zu haben. Das Landgericht Dortmund setzte den Haftbefehl jedoch am 7. Dezember außer Vollzug. Schönborn wird juristisch durch den bundesweit bekannten Faschisten Jürgen Rieger betreut.

Justitia II

Ganz anders geht die Justiz mit den 70 verhafteten AntifaschistInnen um, die gegen die Gründung des Landesverbandes der **Deutschen Nationalisten** im Dezember 1993 in Dortmund protestierten. Obwohl bereits Verfahren mit Freisprüchen endeten, beharrt sie weiterhin auf kostenintensive Verfahren. Wir vermuten, daß hinter dem Ganzen ein Beschäftigungsprogramm für das Dortmunder Amtsgericht steht.

Überfälle auf AusländerInnen

Ende Oktober 94 wurde in Düsseldorf-Gerresheim ein italienischer Wirt von Skinheads beschimpft und zusammengeschlagen. Wenige Tage später bedrohten ebenfalls in Gerresheim zwei Skinheads in blauen Bomberjacken zwei Schwarzafrikaner. Als diese versuchten zu fliehen, wurden sie von den Skinheads mit einem silberfarbenen Mazda verfolgt und beinahe überfahren. In der Westdeutschen Zeitung vom 26.10.94 wurde der Mordversuch als "übler Schabernack" verharmlost. Ein dritter Angriff fand Mitte Dezember in Hilden statt. Eine schwarze Südafrikanerin wurde von zwei ca. 16-18 Jahre alten Männern "mit extrem kurzen Haaren" angegriffen und verletzt. In allen drei Fällen sind die Täter unbekannt.

Nazi-Historiker von RP und NRZ hofiert

Der ehemalige NPD-Bundestagskandidat und immer noch Oberstudienrat (Deutsch&Geschichte), **Manfred Müller**, wird von der Düsseldorfer "**Rheinischen Post**" und der "**Neuen Rhein Zeitung**" ob seines "anschaulichen und fundierten" Buches über den 1929 in die **NSDAP** eingetretenen Goebbels-Bruder Hans gelobt. Der im **Bürgerforum Neuss** (sh. Antifa-NRW-Zeitung Nr. 3) aktive Rechtsextremist Müller ist schon vor sechs Jahren durch sein - von der Stadt Neuss gefördertes - Buch "Neuss unterm Hakenkreuz" als schwülstiger Pseudohistoriker unangenehm aufgefallen. Kurze Leseprobe aus seinem jüngsten Machwerk: "Für Hans Goebbels war das Jahr 1933 reich an Ehrungen, und es brachte ihm anstrengende neue Aufgaben. Man wundert sich, wie er die körperlich-seelische Anspannung durchhielt, und man staunt, daß er nicht unter der Fülle der Verpflichtungen zusammenbrach."

Manfred Müller

Schwarz/braun/grün in Düsseldorf

Völlig autonom vom Rest ihrer grünen GesinnungsgenossInnen verhielten sich zwei **Grüne** in der Düsseldorfer Bezirksvertretung Stadtmitte. Sie verhalfen, entgegen einer rechnerischen orange-grünen Mehrheit, dem CDU-Vertreter Arensmann zum Vorsteherposten. Unangenehm schon als Fakt der schwarz-grünen Kooperation, wird der Vorfall dadurch widerlich, daß der Polizeibeamte Arensmann in der CDU als Rechtsaußen gilt. Kaum verwunderlich, lag doch vor seinem CDU-Eintritt eine Phase der aktiven Mitgliedschaft in der NPD.

REPs und "Freie Bürger Union" klar gescheitert

Lediglich auf 1,76 % der WählerInnenstimmen kamen die REPs bei den Kommunalwahlen in Düsseldorf. 1989 konnten sie noch 6,2 % auf sich vereinen, was ihnen fünf Mandate im Stadtrat bescherte. Auch von den bisher insgesamt acht Sitzen in sieben von zehn Bezirksvertretungen konnte kein einziger gehalten werden. Dies, obwohl in allen 42 Wahlbezirken und für alle Bezirksvertretungen KandidatInnen aufgestellt wurden. In den beiden Düsseldorfer Wahlkreisen bei der Wahl zum Bundestag erreichten die REPs 1,32 bzw. 1,67 %. (gesamt 1,49; 1990: 1,4 %).

Bei den Kommunalwahlen blieb auch die "Freie Bürger Union" (FBU), die zweite kandidierende Partei aus dem neofaschistischen Sumpf, chancenlos. Sie mußte sich mit kläglichen 0,07 % zufriedengeben. Bei diesem Ergebnis muß allerdings berückichtigt werden, daß nur in sechs Wahlbezirken KandidatInnen aufgestellt wurden.

Die FBU entstand auf Initiative des ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten **Ortwin Lowack**, der am 14.3.94 zur Gründung von Kreis- und Landesverbänden aufrief, um einen "geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufbruch in Deutschland" einzuleiten. Zuvor war Lowack nach eigenen Angaben beim Chef des "**Bund freier Bürger**", **Manfred Brunner**, abgeblitzt. Im Sommer gründete sich ein Düsseldorfer Kreisverband und ein Landesverband NRW der FBU. Kreisvorsitzende ist **Brigitte Rensch**, ehemals Fraktionsgeschäftsführerin der währenddessen aufgelösten "**Freien Wählergemeinschaft Düsseldorf**" (FWG) um **Torsten Lemmer** und **Herbert Zaunbrecher.** Landesvorsitzender der FBU ist **Hartmut Janssen**, der 1989 für die REPs in den Düsseldorfer Stadtrat einzog und nach fraktionsinternen Streitigkeiten die letzten Jahre als Fraktionsloser unter der Bezeichnung "**Die Konservativen**" sein politisches Dasein fristete. Die Düsseldorfer KandidatInnen der FBU sind großteils ehemalige REP- und/oder FWG-Mitglieder.

Hartmut Jansen

Ernie und Bert weiter aktiv

Ca. 50 Kartons mit ungefähr 10.000 Wurfsendungen des REP-Kreisverbandes Leverkusen wurden lt. einer Erklärung von "SympathisantInnen von Ernie und Bert" (vgl. Antifa-NRW-Zeitung Nr. 5 und TERZ-Düsseldorfer Stattzeitung Nov. 94) in der Nacht vom 13. auf den 14. 10.1994 "unbrauchbar gemacht". In der Erklärung heißt es, daß das REP-Werbematerial auf dem Gelände der "**Werbeagentur Jansen GmbH**" gelagert war. Diese Firma habe sich, obwohl Auftraggeber und Inhalt der Wurfsendungen bekannt waren, vertraglich dazu bereit erklärt, das REP-Hetzmaterial am 14.10. in Leverkusen zu verteilen.

Anwerbeversuch des Verfassungsschutz

In Duisburg führten Ende Oktober 1994 zwei Beauftragte des Düsseldorfer Innenministerium bei einem Duisburger Antifaschisten durch. Dieser verweigerte jede Zusammenarbeit. Einer der beiden stellte sich mit den Namen **Sonnenberg** vor, er war ca. 40 Jahre alt , 185cm groß, kräftig gebaut und hatte kurzes, graues Haupthaar.

Essen: Naziparolen

In der Nacht zum 11. Nov. wurde das Falkenheim in Borbeck mit faschistischen Parolen bemalt. Dies kam nicht von ungefähr, beziehen die Borbecker Falken doch Position gegen die dort tätige Faschistenszene.

Oer-Erkenschwick: Eine Nationale Fieberkurve

wollte wohl **Dr. Tilmann Fichter** erstellen, als er am 16.Nov. 1994 auf dem SPD - Seminar "Zurück zur Nation ?" referierte. So äußerte er sich auf jeden Fall sinngemäß. Er sei gekommen, um der Sozialdemokratie ein Fieberthermometer in den Hintern einzuführen. Er ist mit Sicherheit nicht enttäuscht worden von den ca. 20 TeilnehmerInnen der Veranstaltung.

Zusätzlich referierte **Prof. Dr. Dan Diner** und die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende von NRW, **Gabi Behler.** Die von Ihnen gestellte Frage "Zurück zur Nation ?" wurde von allen dreien mit "Ja" beantwortet. War der Nationalismus für Frau Behler nur dann akzeptabel, wenn er republikanisch und nicht ethnisch/völkisch ist, zog Herr Dinar schon rechts konservativ vom Leder. Die Vereinigung Deutschlands begrüßt er als "Sieg der Freiheit über die Gleichheit". Der Westen der BRD sei ehedem pluralistischer und die DDR nichts als ein KP-Stützpunkt gewesen. Die Transformation von der Gesellschaft zur Nation stehe bevor. Mit neuem Konfliktbewußtsein müsse eine neue Außenpoltik, die eben auch Deutschlandpolitik sei, betrieben werden. Chauvinistisch schwadronierte der Herr Professor über ein Zivilisationsgefälle Ost-West und das die Gefahr aus dem Osten, sprich Rußland, käme.

Geschickter ging Tilmann Fichter vor. Fichter unterzeichnete 1985 ein nationalrevolutionäres Manifest und versucht seitdem Nationalismus in der SPD voranzutreiben. Er ist Teilnehmer an den rechten **Berliner Dienstagsgesprächen** und Unterzeichner der Ehrenerklärung für den selbst für "Die Welt" zu rechten **Rainer Zitelmann.** Fichters Buch "Die SPD und die Nation" erschien dann auch in der Zitelmann-Reihe des rechten **Ullstein-Verlags.** Er möchte, laut **Junge Freiheit,** an die Zwanziger Jahre anknüpfen, "wo linke Leute von rechts und nationale Leute von links kamen". Als Querfrontstratege kritisierte er erst einmal in einem historischen Abriß die SPD von links, um seine politische Position zu verschleiern. Hieran knüpfte er angeblich linke Kritik an der SPD, an welchen Punkten sie Fehler gemacht habe, weil sie nicht national gedacht hätten. Fichter verknüpfte das Verhältnis zu angeblichen Nation mit dem Verhältnis zur Freiheit und behauptete: Die Linke hätte Angst vor dem eigenen Volk, Angst vor der eigenen Nation.

Eine derart subtile Rhetorik auseinanderzunehmen hätte es nun kritischer ZeitgenössInnen bedurft. Diese waren aber kaum auf diesem Seminar. Die Sozialdemokraten maulten unruhig bei der linken Kritik an der SPD, wurde die Kritik aber nationalrevolutionär schwiegen sie, gingen nicht darauf ein oder diskutierten sie sogar. Keine Debatte löste der Verweis einiger Antifas in diesem Kreis aus, daß Herr Fichter doch diese und jene Faschistenkontakte unterhalten würde und so mancher Punkt seines Referats Inhalt der Neuen Rechte sein.

Gerade die Akzeptanz von Kontakten zu Faschisten und gegenüber nationalrevolutionärer Rhetorik, sowie das Einschwenken auf den rechten Diskurs ließen sicherlich die nationale Fieberkurve der SPD zur Zufriedenheit Tilmann Fichters ausschlagen. Ganz zu schweigen davon, welche Farbe das Fieberthermometer nach dem Ausführen gehabt hat.

Witten: "Herren"menschen

Im November '94 wurde ein 49jähriger Wittener Schulbusfahrer dem Haftrichter vorgeführt, da er mehrfach Kinder und Jugendliche sexuell mißbraucht haben soll. Von Opfern angezeigt, gestand der Mann zumindest eine weitere der ihm vorgehaltenen Taten. Bei Hausdurchsuchungen hatten Kripobeamten mehrere Schußwaffen samt Munition, sowie Hakenkreuzaufnäher, -stempel und nationalsozialistische Bücher entdeckt. Die Bochumer Staatsschutzabteilung rechnet den Mann der rechtsradikalen Szene zu.

Witten: Anti-Antifa-Flugblätter

Im Frühsommer 1994 tauchten, wie wir jetzt erst erfuhren, Flugblätter der **Wittener "Anti-Antifa"** zusammen mit der Broschüre "Michel willst du ewig schlafen" der **"Bürgerinitiative für Ausländerstop",** die von dem Wuppertaler **Heinz Baumgarten** geführt wird, auf.

Rund um den Buß- und Bettag 1994 haben in Witten Rechtsextremisten an mehreren Stellen Gedenktafeln und Hauswände besprüht. Auf eine Gedenktafel am Jüdischen Friedhof "Ledderken" sprühten sie ein Hakenkreuz, darunter klebte ein ein **"Anti-Antifa"** Aufkleber. Unweit des Friedhofs verunstalteten sie das **Autonome Frauenhaus** mit Hakenkreuzen, SA- und SS-Symbolen sowie mit der Signatur der "Anti-Antifa". Weiterhin wurde eine Gedenktafel im nahegelegenen Lutherpark und mehrere Hauswände mit antisemitischen Parolen besprüht. Die Spuren der Täter führen zu zwei ganz in der Nähe wohnenden Faschisten, zu dem in der Marienstraße 31 wohnenden **Carsten Zink,** sowie einer zweiten Person im Ledderkien unweit des Jüdischen Friedhofs. Für den Nachschub an "Anti-Antifa" Materialien, welche in der gleichen Zeit massiv geklebt wurden, scheint mindestens zum Teil **Norbert Weidner** von der "Anti-Antifa" Bonn persöhnlich zu sorgen. So wurde Weidner am 18.11.1994 beobachtet, wie er einen "Kameraden" besuchte. Weidner führte dabei eine Menge Propagandamaterial mit sich.

Sprühereien am "Autonomen Frauenzentrum" in Witten

Brandanschlag auf Punks

Am 1. Oktober wurde auf zwei Menschen in Eschweiler, die als Punks immer. wieder Auseinandersetzungen mit Faschisten hatten, ein Brandanschlag verübt. Zwischen 4 und 5 Uhr Morgens steckten die Täter eine Decke in Brand und warfen sie auf einen Pappkarton, der unter der niedrigen Ecke des hölzernen Treppenhaus stand. Was die Attentäter nicht wußten: in dem Pappkarton befanden sich einige Glasflaschen, die durch die große Hitze, des um sich greifenden Feuers platzten. Durch diese Geräusche wurden die Bewohner wach und konnten das Übergreifen des Brandes auf das Treppenhaus verhindern. Die Polizei stellte zwar fest, daß es sich um Brandstiftung gehandelt hat, aber es könne nicht davon ausgegangen werden, daß die Täter aus der rechten Szene stammen, da diese "zu klein sei." Es stellt sich die Frage ob die Polizei nun aus totaler Unkenntnis oder absichtlicher Verschleierung zu einer solchen Einschätzungen kommt. So haben in und um Eschweiler immer wieder Neonazis Brandanschläge durchgeführt. Das Ermittlungsverfahren wurde kurze Zeit später eingestellt. Damit bleibt der erste bekannte Brandanschlag auf Linke in der Region wohl ohne juristische Konsequenzen.

Angriff auf antifaschistisches Fest

Am 5. November wurde in Stolberg ein von der antifaschistischen **Gruppe Z** organisiertes Fest anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung Stolbergs vom Faschismus von Neonazis angegriffen. Eine Rauchbombe wurde in den Versammlungsraum geworfen und mehrere Autos der AntifaschistInnen beschädigt.

Von Kennern der rechten Szene wird ein direkter Zusammenhang zwischen dem Übergriff und der, von der örtlichen NPD und deren Jugendorganisation, den **Jungen Nationaldemokraten** (JN), schon seit längerem propagierten Anti-Antifa Kampagne gesehen. Neben direkten Angriffen auf AntifaschistInnen gab es in letzter Zeit auch vermehrt Klebeaktionen und Sprühereien, die der Anti-Antifa Kampagne zuzuordnen sind. Außerdem wurden in Aachen verschiedene Treffpunkte linker Gruppierungen von Faschisten fotografiert. Federführend ist dabei **Sascha Wagner** aus Herzogenrath, der im Anwesen des NPD Funktionärs **Wolfgang Nahrath** in Stolberg-Büsbach die Bundesgeschäftsstelle der JN betreibt. Wagner hatte in einem Flugblatt angekündigt, Daten über politische Gegner zu sammeln und sich dabei ausdrücklich auf die Anti-Antifa Broschüre **Einblick** bezogen.

Naziaufmarsch zum Volkstrauertag

Am Samstag, dem 12. November, führte die NPD Jugendorganisation **Junge Nationaldemokraten** (JN) auf dem Soldatenfriedhof Marienbildchen bei Langerwehe (Kreis Düren) ihre sogenannte zentrale "Gefallenenehrung" durch. An der Veranstaltung an der nach JN-Angaben ca. 80 Personen teilnahmen waren neben Mitgliedern, der zu diesem Zeitpunkt bereits verbotenen **Wiking Jugend** (WJ) auch eine Abordnung der **Republikaner** anwesend. Redner war der langjährige WJ-Bundesführer und NPD-Bundesvorstandsmitglied **Wolfgang Nahrath** aus Stolberg. Zwischen den Kränzen des Bundesverteidigungsministeriums und der Kriegsgräberfürsorge wurde ein Kranz der NPD mit der Aufschrift

"Denn ewig lebt der Toten Tatenruhm" niedergelegt. Die Polizei verhielt sich mal wieder passiv und begnügte sich damit, das Treffen zu beobachten.

Nach Auskunft des Sprechers der Dürener Polizei seien keine strafbaren Handlungen festgestellt worden. Das schließt scheinbar die über das **Nationale Infotelefon Rheinland** gefeierte Wiederbetätigung der Wiking-Jugend mit ein.

Alsdorfer Republikaner Chef freigesprochen

Am 18.11.94 wurde der Chef der Alsdorfer **Republikaner Alfred Spicher** vom Aachener Landgericht von dem Vorwurf der Verleumdung freigesprochen. Zur Erinnerung: Bei den Kommunalwahlen 1989 erzielten die Republikaner mit 7,1 Prozent in Alsdorf ihr NRW-weit bestes Ergebnis. Der Architekt Alfred Spicher zog mit zwei weiteren Gesinnungsgenossen in den Alsdorfer Stadtrat ein. Anfang 1994 hatte der Alsdorfer Rep-Chef einigen in Alsdorf verteilten Exemplaren der Parteizeitung **Der Republikaner** ein Flugblatt beigelegt. In dem Flugblatt wurde der Innenminister von NRW, Herbert Schnoor, als Terrorist bezeichnet, weil, so erläuterte Spicher nochmals in einem WDR Fernsehinterview, viele Beamte - darunter etliche Polizeibeamte- die Republikaner hätten verlassen müssen, um Nachteilen am Arbeitsplatz zu entgehen. Reps im Polizeidienst sind im Grenzland keine Seltenheit. Im Kreis Düren bekleidete der Kreuzauer Polizeibeamte **Rainer Stoffels** das Amt des stellvertretende Kreisvorsitzenden. Zu den Kommunalwahlen 1989 traten in Aachen gleich vier Polizisten für die Reps an. Einer von ihnen, **Michael Schindewolf**, kandidierte bei den Kommunalwahlen am 16. Oktober 1994 für die kläglich gescheiterte rechtsextreme Splittergruppe **Die Unabhängigen**. Zu den Reps in Alsdorf bleibt noch zu sagen, daß sie trotz eines sehr massiv geführten Wahlkampfes mit 3,9 Prozent nicht wieder in den Alsdorfer Stadtrat einziehen werden.

Antisemit festgenommen

Ein 44 Jahre alter Mann aus Landgraf in den Niederlanden ist am 19.12.94 in Selfkant (Kreis Heinsberg) festgenommen worden. Der Festgenommene hatte schon seit längerem antisemitische Schmähschriften, Hitlerpotraits und ähnliches an Personen des öffentlichen Lebens verschickt, die dafür bekannt waren mit JüdInnen in Kontakt zu stehen. Mehrere Personen hatten nach Erhalt der Hetzschriften Anzeige erstattet.

Antifaschist zu 30 Tagessätzen verurteilt

30 Tagessätze á 35 DM wegen Körperverletzung: So lautete im September das Urteil gegen einen Antifaschisten, der angeklagt worden war, im Mai 93 einen Teilnehmer eines "Junge Freiheit" Lesekreistreffens verletzt zu haben. Damals hatten sich zwei Dutzend Teilnehmer des Lesekreises in einer Kölner Kneipe getroffen. Vor der Gaststätte hatten sich zahlreiche Antifas versammelt. Nach Beendigung des Treffens wurde den Teilnehmern von der anwesenden Polizei eine Gasse geschlagen, durch die diese abziehen konnten. Kurze Zeit später jedoch sollte der angeklagte Antifaschist einen der Lesekreisler, den aus Münster angereisten **Arndt von Rüden** durch einen Faustschlag verletzt haben. Trotz widersprüchlicher Aussagen (ein anderer Teilnehmer des JF-Treffens sprach von einem vor Schmerz zusammengekrümmten Opfer, Polizisten, die ihn stundenlang durch die Stadt fuhren, hatten davon allerdings nichts bemerkt) wurde der Antifaschist verurteilt.

Plakatierer zusammengeschlagen

Zwei Plakatierer, die für eine Demo gegen die **Deutsche Liga** am 2.10. klebten, wurden von mehreren Nazis zusammengeschlagen. Gegen 23 Uhr hatten die beiden vor der Uni-Bibliothek die Plakate angebracht, als sie eine Gruppe von 3-5 Personen bemerkten, die sich die Plakate ansahen. Kurz darauf kamen diese ihnen auf Fahrrädern entgegen und stürzten sich auf die beiden. Sie wurden mit CS-Gas besprüht, zu Boden geworfen und durch Tritte verletzt. Einer erhielt eine Platzwunde am Kopf. Die Täter entfernten sich mit Rufen wie "Heil Hitler".

DEUTSCHE LIGA
Für Volk und Heimat
Wir geben auf!

Luft raus bei der DL

Laut einer Erklärung wurden in der Nacht zum 2.10.94 die Reifen einiger Naziautos plattgestochen, bzw. ein Garagentor mit Bauschaum versiegelt. Folgende DLer waren davon betroffen: **M.Beisicht, G.Schlaepper, Michael Schöppe** und **K.Scheid**. Die VerfasserInnen, die ihren Text mit der Aufforderung "Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe" enden ließen, wollten die DLer bei ihrem für den nächsten Tag geplanten "Deutschlandtag der europäischen Rechten" etwas unmobiler machen.

REP-Wahlstand am Boden

Eine Woche vor der Wahl wurde ein Infostand der REPs von mehreren Antifas umgeschmissen. Sofort anwesende Polizisten nahmen 4 Menschen fest, denen sie Landfriedensbruch und Körperverletzung vorwarfen.

Sascha Wagner bei der FDP

Unklarheit herrscht über die Parteizugehörigkeit **Sascha Wagners**. Der JNler aus Herzogenrath war in den Wochen vor der Wahl als Wahlkampfhelfer für die **Deutsche Liga** nach Köln gekommen. Die DL bezeichnete ihn in einem ihrer Faxe gar als Mitglied ihrer Partei.

Außer in der nächtlichen Plakatierung von DL und vereinzelten JN Plakaten bestand seine Hauptaufgabe im Schutz von Infoständen der DL. Dabei bot er jedoch ein recht unrühmliches Bild. Schon beim erstenmal, als in seinem Beisein ein Stand abgebaut wurde, flüchtete er sich nach wenigen Sekunden hilfeschreiend hinter einen FDP-Stand. Beim nächsten Aufeinandertreffen baute Wagner beim Anblick von einigen AntifaschistInnen, in einem unglaublichen Tempo schon selber den Stand ab. Sein Chef **Manfred Rouhs** mußte ihn mühsam, angesichts des Schutzes einiger dutzend anwesender Polizisten, überreden, nicht sofort Reißaus zu nehmen.

Nie wieder Deutsche Liga

Bei den Wahlen 94 bekamen rechtsradikale Parteien überall deutliche Abfuhren. In Köln war der Wahlkampf durch die gleichzeitig zur Bundestagswahl stattfindenen Kommunalwahlen geprägt. Die Deutsche Liga, die im letzten Rat mit zwei Vertretern (von den REPs abgespalten) saß, hatte die Kommunalwal in Köln zum "Schwerpunktwahlkampf der deutschen Rechten" auserkoren. Sie wollte bundesweit ein Zeichen setzen, "daß die deutsche Rechte zweistellige Ergebnisse erzielen kann". So scheute die DL auch keine Kosten und Mühen im Wahlkampf. Ganz Köln wurde mit Plakaten mit dem sinnigen Motto "Allein gegen die Mafia" oder "Wir räumen auf" zugekleistert. Durch ein Plakat, mit dem Bild **Konrad Adenauers** auf dem stand "Er würde heute Deutsche Liga" wählen, gelang es der DL, groß in die Presse zu kommen. Ebenso mit einer Postwurfsendung in einer Auflage von angeblich 326.000, die trotz Weigerung einzelner Briefträger in vielen Haushalten Kölns landete. Höhepunkt des Wahlkampfes sollte ein "Deutschlandtreffen der europäischen Rechten" werden. Ein paar hundert Teilnehmer und Redner u.a. aus Belgien (**Vlaams Block**) Frankreich (**Alain den Benoist**) den Niederlanden (**Centrumsdemokraten**) erwartete die DL, die auch über die NITs zu dem Treffen aufrufen ließ. Tatsächlich wurde es jedoch ein kläglicher Reinfall, da das Treffen verboten wurde und statt der DL, sich etwa 1000 AntifaschistInnen in der Innenstadt versammelten.

Rouhs und Wagner

Aktiv war die DL in den Wochen vor der Wahl auch bei der Aufstellung von Wahlständen. Viele wurden jedoch von Antifas und teilweise auch von türkischen Kids schnell beendet, auch wenn DLer dabei des öfteren ihre Gaspistolen ausprobierten. Laut Polizeiangaben kam es zu mindestens 8 gewaltsamen Zwi-

Carsten-Oliver Händel beim DL-Infostand in Köln

schenfällen. Kurz vor der Wahl beklagte die DL zwar die Antifaaktionen fühlte sich aber noch siegessicher. In einem internen Rundbrief beklagte **Markus Beisicht** sich über die "kriminellen Trupps" die tausende von Plakaten abrissen, über "linksextremen Pöbel" der Infostände gewaltsam beendete und der gar zum Teil die Autos der Spitzenkandidaten aufbrach und zerstörte. Gleichzeitig zitierte er aus einer angeblich geheimen Wahlstudie, nach der die DL mindestens 8% der Stimmen bekommen würde.

Eine umso größere Niederlage war das Wahlergebniss für die Kölner Rechte. Die DL erreichte lediglich 1,3% (6774 Stimmen), die Kölner REPs, die in etwa der Hälfte der Wahlkreise angetreten waren, und von denen im Wahlkampf kaum etwas zu sehen war, erreichten 0,7% (3604 Stimmen), (Bundestagswahl:1,5%).

Von der Deutschen Liga, die im letzten Jahr fast wöchentlich mit Faxen, angekündigten Demos und Aktionen von sich Reden gemacht hatte, ist seit dem Wahltag außer einem Fax, indem sie für die Zukunft "außerparlamentarische Oppositionsarbeit" ankündigte, bis zum heutigen Tage nichts mehr vernommen worden.

Antifaschist entführt...

Seit Monaten wird der Antifaschist R. aus Sülz von Nazis bedroht: Er war durch Plakate "NAZIehts im Hirn", auf denen er seine Telefonnummer veröffentlichte in ihr Visier geraten. Mehrere Cassetten mit Drohanrufen auf seinem Anrufbeantworter haben sich seitdem bei ihm angesammelt. Sein Briefkasten wurde demoliert, seine Wohnungstür angezündet, er selbst beim Plakatieren zusammengeschlagen. Am 11.10. wurde er laut eigenen Angaben entführt. Als er nach einem Klingeln an die Haustür ging, nicht wieder auftauchte, und kurze Zeit später ein Anruf mit den Worten "Wir haben ihn" ankam, verständigte ein bei ihm wohnender Freund die Polizei. Diese setzte eine 17 köpfige Sonderkommission ein. R. wurde erst am 13.10. um 3.30 Uhr morgens gefesselt und leicht verletzt auf dem Südfriedhof gefunden. Er konnte sich an nichts erinnern. Die Polizei zweifelt die Version der Entführung wegen widersprüchlicher Angaben an.

Polizei verprügelt Roma

Schleudertrauma, Prellungen, zwei lokkere Schneidezähne und ein abgebrochener Zahn: Das ist das Ergebnis eines Polizeieinsatzes am 2.November gegen einen 20jährigen Roma. Dieser hatte nachts seinen Hund ausgeführt und war von zwei Polizeibeamten angehalten worden. Der Roma, der seinen Paß in der nahegelegenen Wohnung seiner Freundin hatte, sollte mit zur Wache kommen. Als er einwendete, er könne seinen Paß ja holen, wurde sein Kopf auf eine Motorhaube geschlagen. Vor der Weidener Wache holte ihn dann ein Theologiestudent ab, der die Romafamilie betreut. Nach ein paar Metern stürzten ihnen jedoch Beamte hinterher. Den Studenten warfen sie zu Boden und drohten ihm mit Schlägen. Beide mußten mit zurück auf die Wache. Angeblich hätte der Roma gegen ein geparktes Fahrzeug getreten. Dies war jedoch ein bloßer Vorwand. Selbst die Polizei konnte später an keinem Wagen einen Schaden feststellen. Auf der Wache wurde der Roma dann mehrmals ins Gesicht geschlagen. Erst als der Vater des Studenten, ein Amtsgerichtsdirektor aus Kerpen, auf der Wache erschien, wurden die beiden freigelassen. Dieser Fall wurde, da sich der **Rom e.V.** an die Presse wandte, ausnahmsweise öffentlich. Ansonsten gehört dies schon fast zur Normalität auf Kölner Wachen. "*Insbesonders nachts, weil ohne Zeugen und gedeckt durch kollaborierende oder feige Kollegen und Kolleginnen, lassen Polizisten ihre Aggressionen an Festgenommenen aus.*" so Kurt Holl, Vorstandsmitglied des Rom e.V. und Mitglied im Polizeibeirat der Stadt Köln. Sollte es ausnahmsweise zu Ermittlungen gegen die Beamten kommen, so verlaufen diese meist im Sande. Von 131 Anzeigen gegen Polizeibeamte in Köln, davon die Hälfte wegen Körperverletzung im Amt, wurden 1991 alle (!) eingestellt. Von Januar bis November 94 kam es in Köln schon zu 156 Ermittlungsverfahren gegen Beamte.

Kampagne gegen Nazizeitungen

Seit fast zwei Jahren schon kommt es immer wieder zu Kundgebungen vor Kölner Kiosken im Rahmen der Kampagne gegen Nazizeitungen. In einem Interview mit zwei Vertretern der Kölner Zeitungsgroßhandelsfirma Presse und Buch wurde von diesen bestätigt, daß die Kampagne durchaus erfolgreich ist. So hätten immer wieder EinzelhändlerInnen beim Grossisten angerufen, um ihre Verunsicherung über öffentliche Aktionen vor ihren Kiosken kundzutun. Auch eine vor gut einem Jahr gestartete Postkartenaktion an die beiden Kölner Grossistenfirmen blieb dort offenbar nicht ohne Eindruck. Am erfreulichsten: Innerhalb eines Jahres ging die Anzahl der von Presse und Buch vertriebenen

Exemplare der **Nationalzeitung** von 200 auf die Hälfte zurück.

Ostpreußen bei der Burschenschaft Germania

Der Vorsitzende der **Jungen Landsmannschaft Ostpreußen** NRW, **Bernhard Knappstein** aus Köln, hatte vom 18.-20. November zu einer Herbsttagung der JLO unter dem Motto "Der deutsche Osten-Perspektiven im neuen Jahrtausend" in das Gebäude der Burschenschaft Germania eingeladen. Knappstein ist auch NRW-Ansprechpartner für die Fascho-Jusos vom **Hofgeißmarer Kreis**. Eingeladen zur Herbstagung waren u.a. **Guido Mathes** von der **Paneuropa-Jugend**, der rechte CDU-NRW Abgeordnete **Rüdiger Goldmann** und der stellv. Chefredakteur der **Jungen Freiheit Martin Schmidt**. Leider fanden sich nur zwei Dutzend AntifaschistInnen vor dem Eingang der Burschschaft ein, um gegen das Treffen zu demonstrieren.

Europa-Vorn-Büro

In den letzten 1 1/2 Jahren war die **Deutsche Liga** mit ihrem Parteibüro nacheinander aus drei Objekten rausgeflogen. Überall hatten sich AnwohnerInneninitiativen gegen die braunen Nachbarn gegründet. Im Wahlkampf gelang es nun dem DLer und Herausgeber von **Europa Vorn Manfred Rouhs**, erneut ein Büro anzumieten. Diesmal unter dem Namen Europa Vorn Verlag. Als bekannt wurde, daß sich in dem Büro in Köln-Vingst, mit dem unscheinbaren Klingelschild E&V Verlag, Rouhs und die DL verbargen, setzten sich auch in Vingst Menschen aus verschiedenen Initiativen und dem Bürgerhaus zusammen, verteilten Flugblätter und organisierten eine Demo zum Büro. Dies hatte eine durchschlagende Wirkung. Einen Tag später hatte Rouhs wieder einmal eine Kündigung vom Vermieter im Briefkasten. Schon seit Monaten wird in Rouhs Zeitschrift die Gründung einer Europa Vorn Verlag und Vertrieb GmbH & Co KG angekündigt. Diese solle dann eine Immobilie für die Kölner Rechte erwerben.

EUROPA VORN

Der Westen hat das Heroische verlernt

Bald eine GmbH: "Europa Vorn"?

Neofaschistische Schülerzeitung erschienen

Wie bereits angekündigt ist mit der Nr. 79 der rechtsextremen Zeitung **Europa Vorn** auch erstmalig eine Schülerzeitung erschienen. Die vierseitige Blatt mit dem Namen **Hoppla!** ist zur Massenverteilung an Schulen bestimmt, soll viermal im Jahr erscheinen und kann auch unabhängig von Europa Vorn bezogen werden. Hoppla! soll nach dem Wunsch der Redaktion überregional Verbreitung finden. Rechtsextreme Parteien und Organisationen sollen z.B. einen eigenen Regionalteil beilegen und können auf der Rückseite ihre Kontaktadresse einstempeln.

In dem Blatt das inhaltlich nichts neues bietet wirbt **Manfred Rouhs** vorallem für seine Zeitschrift Europa Vorn und den angeschlossenen Vertrieb für Nazimusik. Neben einem Beitrag über "Oi-Musik" und einem "Psychotest" findet sich auf Seite 1 ein Bericht über die großen Erfolge faschistischer Organisationen in Frankreich, Italien und Rußland. Besondere Mühe hat sich die Redaktion mit dem im NS-Stil gehaltenen Schriftzug Hoppla! gemacht.

Die Gruppe um Meinolf Schönborn: Der Versuch einer Zustandsbeschreibung

Wer die Berichterstattung über den (ehemaligen) Vorsitzenden der verbotenen Nationalistischen Front in der letzten Zeit verfolgte mußte den Eindruck gewinnen, daß Schönborn Pleiten am laufenden Band produziert. Im folgenden findet keine Bewertung dieser These statt. Es geht vielmehr darum, einmal das nähere Umfeld Schönborns zu betrachten, um Rückschlüsse auf den Zustand der Gruppe zu ziehen.

Im April 1994 gründete Schönborn die Firma KBUS 38, um unter diesem Namen einen Versandhandel im süddänischen Kvaers aufzubauen. Als Strohmann fungierte **Hans Christian Krog Pedersen**. Pedersen ist seit langem im braunen Netz aktiv. Als dänischer Staatsbürger erleichterte er Schönborn nicht nur die Gründung einer Firma, sondern verhalf ihm auch auf diesem Wege zum Erwerb des Hauses in Kvaers. Daß Pedersen gute Kontakte zu dem Altnazi **Thies Christophersen** unterhält ist lange bekannt und wahrlich kein Geheimnis.

Noch im August 1994 schrieb Schönborn in dem Rundbrief Nr. 6 an seine Gesinnungsfreunde:" Jetzt geht es wieder richtig los..." und meinte damit den Aufbau des Versandhandels in Dänemark und eine ungestörte politische Betätigung von dort aus. Allerdings hatte Schönborn die Rechnung ohne die BewohnerInnen von Kvaers und ohne die dänischen AntifaschistInnen gemacht. Sie zeigten massiven Widerstand. In der Nacht vom 24. auf den 25. September 1994 belagerten vor allem DorfbewohnerInnen das braune Haus. Als Schönborn und Co begannen mit Steinen zu schmeißen, haben sie das Echo schlecht vetragen. Am Morgen des 25.September 1994 wurden PKWs beladen, man raffte zusammen was mitgenommen werden konnte und verließ unter dem Beifall der Bevölkerung den Ort. Hans Krog Pedersen schmiß eine Presseerklärung aus dem fahrenden PKW, in der behauptet wurde, daß Schönborn nun in Kvaers aufgibt. Nach und nach wurde dann auch das Haus geräumt. Ein Teil des Materials wurde in das NF-Zentrum im lippische Pivitsheide geschafft. Dennoch: Die Firma KBUS 38 existiert weiter. **Stefan Pielert**, Stellvertreter Schönborns noch zu legalen Zeiten hält sich auch weiterhin im hohen Norden auf und pflegt Kontakte zu Hans Krog Pedersen.

Am Montag, den 21. November wurde Meinolf Schönborn verhaftet. Ob dem so ist, sei an dieser Stelle dahingestellt. Konsequenz ist jedoch, daß Schönborn wieder auf freien Fuß ist und sich regelmäßig in Ostwestfalen aufhält, da er die Bundesrepublik nicht verlassen darf und sich regelmäßig bei der Polizei melden muß. Eine weitere Konsequenz ist die Reaktivierung des NF-Zentrums in Pivitsheide. Nachdem es vor allem in den Sommermonaten relativ ruhig dort war, trifft sich der engere Kreis um Schönborn jetzt wieder häufiger dort.

Seit ca. einem Vierteljahr wohnt **Heinrich Jörn Schönlaub** in Pivitsheide. Schönlaub kommt aus Landsberg/Lech. Er ist Vorsitzender des **"Freundeskreises Wulf Sörensen - Geistiger Wehrstand für Natur, Volk und Heimatland"**, für den eine Postfachadresse in Essen angegeben wird. Schönlaub gibt eine Zeitung mit dem vielsagenden Namen **"Lebensborn"** heraus. Die Einrichtung Lebensborn wurde 1935 von **Heinrich Himmler** ins Leben gerufen. Es entstanden regelrechte Zuchtanstalten mit dem Ziel "den Kinderreichtum der SS zu unterstützen, jede Mutter guten Blutes zu schützen und zu betreuen und für hilfsbedürftige Mütter und Kinder guten Blutes zu sorgen..."Schönlaub wirbt in seinem Pamphlet für den **Midgart-Verlag** und führt in einer Liste von befreundeten Gruppen neben den **Deutschen Unitariern**, den **Goden**, **Armanen** und die **"Unabhängigen Nachrichten"** auf.

Zu dem engen Kreis um Schönborn gehört seit Jahren **Eckhard Scholz**, genannt Theo. Scholz scheint einer der wenigen des ehemaligen Führungskaders zu sein, der nach der Spaltung der NF auf der Seite Schönborns stand. Scholz scheint auch für die Kontakte nach Polen und die ehemals sozialistischen Staaten verantwortlich sein. Nach dem Verbot der NF verschickte Schönborn seine Versandkataloge aus dem polnischen Kadlup. Dieser Ort wird als Zentrale des **"Vereins zur Förderung deutschsprachiger Medien in Osteuropa e.V."**. und des **"Schlesien Radio"** genannt. Den Sender scheint es bislang nicht zu geben, allerdings können schon Erlebnisreisen dorthin gebucht werden. Veranstalter der Reisen ist **Günter Deckert** mit seiner Agentur **"Germania Reisen"**... Weitere Dauergäste im NF-Zentrum in Pivitsheide sind **Sven Mysor** und **Frank Klawitter**. Beide zeichnen sich durch ein ziemlich aggressives Verhalten aus. Mysor wurde wegen Nötigung verurteilt, nachdem er versuchte Mitglieder der Initiative gegen das NF-Zentrum mit dem PKW von der Straße zu drängen. Klawitter griff ebenfalls Mitglieder der Initiative mit Steinen und Knüppel an.

Klawitter gehört(e) zur "Kameradschaft Wittenberg", die im Herbst 1994 aufflog, als man bei der Gruppe selbstgebaute Sprengsätze fand. Ein anderer häufiger Besucher des Nazizentrum, ist Peter Schulz aus Bad Oeynhausen, er unterhält ebenfalls gute Kontakte zur **"Kameradschaft Wittenberg"**. Als Mitglied einer Gruppe namens **"Heimattreue Jugend"** wünscht er der Kameradschaft in einem Schreiben viel Erfolg.

Immer mal wieder reist auch ein einschlägig bekannter Neofaschist aus Nürnberg ins Lippische. **Uwe Mainka**, ehemaliges Mitglied der **"Wehrsportgruppe Hoffmann"** (WSG). Mainka machte von sich reden, als er 1985 im Prozeß gegen **Karl-Heinz Hoffmann** aussagte. Mainka behauptete, Hoffmann habe den Auftrag zur Ermordung des Vorsitzenden der israelischen Kultusgemeinde Nürnberg/Erlangen **Shlomo Levin** und seiner Lebensgefährtin **Frieda Pöschke** gegeben. Ebenso habe Hoffmann die Ermordung eines WSG-Mitglieds im Libanon veanlaßt. Mainka reiste 1980 mit der WSG in den Libanon, um sich dort ausbilden zu lassen. Er folterte selbst, was er vor Gericht auch zugab. Bestraft wurde Mainka jedoch "nur" wegen Geldfälschung und Bedrohung, da er für die Taten im Libanon nicht vor bundesdeutschen Gerichten zur Verantwortung gezogen werden konnte. Schönlaub, Mysor, Scholz, Schulz, Klawitter und Mainka sind nur einige Personen im engeren Umfeld von Schönborn.

Es sollte dennoch deutlich geworden sein, daß sich hier nicht gerade die Speerspitze rechter Intelligenz versammelt. Auch die Schriften Schönborns nach dem Verbot haben wenig gemeinsam mit dem, was die NF vor der Spaltung geboten hat. Das soll nicht heißen, die NF sei die Organisation der rechten Elite gewesen, aber was Schönborn jetzt bietet rangiert doch noch weit darunter.

Schwere Vorwürfe gegen Schönborn aus den "eigenen Reihen" werden in einem Bericht eines Mitglieds der "Aktion sauberes Deutschland" erhoben. Einer der "Saubermänner" hielt sich 1994 einige Tage im NF-Zentrum in Pivitsheide auf. In einem Bericht darüber schreibt er, daß Schönborn eine "Kameradin", die ihre Miete nicht zahlen konnte indirekt aufforderte auf den Strich zu gehen. Auch wenn Schönborn in dem Rundbrief Nr. 6 drei Schulungen angeboten hat, welche vermutlich in Hetendorf stattgefunden haben, ist es mehr als zweifelhaft, ob er es schafft, mit seinen Aktivitäten über kommerziellen Interessen hinausgehen. Es bleibt abzuwarten, ob es in diesem Jahr zur Anklage wegen Fortführung einer verbotenen Vereinigung kommt. Nach den Erfahrungen mit der bundesdeutschen Justiz, auch im Falle der verbotenen NF bzw. der Einstellung des Verfahrens gegen Schönborn wegen Gründung eines "Nationalen Einsatzkommandos" ist Pessimismus wohl angebracht.

Solingen-Prozeß: Was wußte der V-Mann?

Bereits im August machte das FAP-Mitglied Viktor Jamnitzky aus Wuppertal belastende Aussagen gegen seinen früheren Trainer Bernd Schmitt vom "Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverband" (DHKKV). Schmitt habe ihm am Tag nach dem Solinger Brandanschlag telefonisch mitgeteilt, "da sei etwas schief gelaufen".

Bereits ein bis zwei Wochen nach der Tat habe Schmitt ihm weiterhin in seiner Solinger Wohnung berichtet, bei dem mörderischen Anschlag sei Pinienterpentin als Brandbeschleiniger verwendet worden, das sich am Tatort in einem Schuppen oder im Treppenhaus befunden haben soll. In den letzten Wochen bestätigten drei Brandgutachter vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, daß beim Solinger Brandanschlag nach ihren Recherchen ein Gemisch aus Vergaserkraftstoff und Terpentinöl verwendet wurde.

Jamnitzky, der von Schmitt gelernt haben will, "wie man mit und ohne Waffen tötet", erhob noch weitere Vorwürfe gegen den V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. Der DHKKV-Trainer habe ihn auf den Aufbau des "**Nationalen Einsatzkommandos**" (NEK) angesprochen. Der Düsseldorfer VS hatte Schmitt angeblich nicht mit dem Aufbau einer neofaschistischen Aktionsgruppe beauftragt, sondern auf die Beobachtung des damals von der "Nationalistischen Front" geplanten NEK angesetzt.

Schmitt habe ihn auch angewiesen, das Autonome Zentrum in Wuppertal auszuspionieren, sagte Jamnitzky aus. Eine Flurskizze des Gebäudes fand die Polizei im Dezember 1993 bei Schmitts umfangreichen Unterlagen. Darüberhinaus habe Schmitt damit geprahlt, zweimal die Kasse des Solinger Infoladens der örtlichen Autonomen Szene geplündert zu haben.

Schmitt und seine Lebensgefährtin **Sabine Pfitzer**, die beide Anfang November im Solingen-Prozeß aussagen mußten, wiesen die Vorwürfe zurück. Beide behaupten, in den Wochen nach dem Brandanschlag nicht in Solingen gewesen zu sein, so daß Jamnitzky Schmitt ein oder zwei Wochen nach dem Anschlag gar nicht in dessen Wohnung habe treffen können. Auch das Telefonat am Tag nach der Tat will Schmitt nicht geführt und erst recht keinen Auftrag zur Bespitzelung des Autnomen Zentrums Wuppertal gegeben haben.

Schmitt bestritt allerdings auch, einen Solinger Autonomen am Sonntag nach dem Brandanschlag im Stadtpark im Solinger Ortsteil Gräfrath getroffen zu haben. Der Autonome sagte vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht aus, sich mehrfach mit Schmitt getroffen zu haben. Nachdem die "Antifaschistische NRW-Zeitung" Anfang Mai 93 einen Artikel über Schmitts DHKKV veröffentlichte, hatte Schmitt offensichtlich die Absicht, sich zumindest bei den Solinger Autonomen als unpolitisch darzustellen. Am Sonntag nach dem Anschlag habe er bei dem Treffen im Park Spekulationen über die möglichen Täter angestellt. Er habe unter anderem den Angeklagten **Markus Gartmann** verdächtigt, der für die Tatzeit laut Schmitt kein Alibi hatte.

Foto: Transparent

V-Mann Schmitt im Gespräch mit der Polizei

Schmitt Aussagen widersprechen in einigen Punkten auch den Aussagen seiner ehemaligen Kameraden **Bernd Koch** und **Wolfgang Schlösser**. Genau wie die Glaubwürdigkeit von Schmitts Aussagen wegen der viele Widersprüche fraglich ist, ist es um die Glaubwürdigkeit von Jamnitzkys Anschuldigungen schlecht bestellt. Jamnitzky nannte Schmitt in seinen Aussagen, die er allerdings einen Tag nach seiner polizeilichen Vernehmung vor einem Richter wiederholte, einen "Stasispitzel". Er machte die Aussage erst nach Schmitts Enttarnung als V-Mann. Sie riecht somit stark nach Rache an dem in Ungnade gefallenen Kameraden.

Bei seiner dritten, abschließenden Vernehmung im Solingen-Prozeß wurde Schmitt auch nach einem Vorfall befragt, den wenige Tage zuvor mehrere Zeugen den Prozeßbeteiligten schilderten. Am Abend vor dem Brandanschlag, so berichteten die Zeugen übereinstimmend, hätten mehrere Personen eine größere Zahl von flachen Kisten aus den Räumen von Schmitts Kampfsportverein geholt und in einen grünen BMW mit Düsseldorfer Kennzeichen geschafft. An diesem Abend fand wie jeden Freitag das Training des DHKKV statt. Was in den Kisten war, ist nicht bekannt. Nach den Aussagen von Schmitt und Pfitzer soll es sich bei den Insassen des BMW um die DHKKV-Mitglieder **Udo Holzhauer, Stefan Helmut Eckel, Gernot Hanisch und Frank Allert** gehandelt haben. Diese hätten aber nur ihre Sporttaschen in den Wagen geladen, keinesfalls Kisten. Auch in diesem Punkt widersprach Schmitt somit durchaus glaubwürdigen Zeugen.

Eckel und Hanisch waren nach Schmitts Informationen Anwärter für eine Mitgliedschaft bei der "Nationalistischen Front". Holzhauer und Eckel beteiligten sich in der Woche nach dem Anschlag auch an einer "Clubbewachung". Bei Allert handele es sich um einen "Zigeuner", wogegen Schmitt nichts einzuwenden hatte, genausowenig wie er etwas gegen "Mischlinge" hatte, die er in seiner Vereinskartei besonderes kennzeichnete. "Ich mag z.B. Hunde als Mischlinge sehr gern", äußerte sich Schmitt bei seiner Aussage in Düsseldorf.

Razzia bei Neonazi

Durch einen Informanten wurde die Polizei auf einen Neonazi in Solingen aufmerksam, der bisher nicht öffentlich in Erscheinung trat. Bei einer Hausdurchsuchung im Solinger Ortsteil "Central" fand sie ein funktionstüchtiges Kleinkalibergewehr mit Munition, Dekorationswaffen und neofaschistisches Propagandamaterial. Das Kleinkalibergewehr war zerlegt in einer Lautsprecherbox versteckt.

Staatsschutz ermittelt gegen BIFAS-Geschäftsführer

Am 23.9.94 fand beim Wuppertaler Geschäftsführer der BIFAS (Bürgerinitiative für Ausländerstopp), Heinz Baumgarten, eine Razzia der Polizei statt. Der folgende Artikel nimmt dies zum Anlaß, auf 11 Jahre BIFAS-Geschichte zurückzublicken und diese Gruppe, der Kontakte ins militante rechtsextreme Lager (z.B. zur NSDAP/AO) nachgesagt werden, näher zu beleuchten.

Heinz Baumgarten: Mit einer Griechin verheiratet

Gegründet wurde die BIFAS Anfang _84 von den Wuppertalern **Heinz Baumgarten und Wolfgang Binder** sowie den Solingern **Bernd Koch, Wolfgang Schlösser** und **Frank Haut**. Alle fünf waren schon vorher in der NPD aktiv gewesen. Allerdings ist die BIFAS nicht mit der NPD-eigenen **BI Ausländerstopp** zu verwechseln: Einige der genannten BIFAS-Mitglieder erklärten zur Gründung, daß ihnen die NPD in der Ausländerfrage zu "lasch" gewesen sei. (Was, nebenbei gesagt, den späteren BIFAS-Geschäftsführer Baumgarten 1987 nicht davon abhalten sollte, für die NPD zu kandidieren). Bei dieser Kritik sollte es nicht bleiben, die BIFAS-Mannen ließen ihren Worten bald auch Taten folgen.

Drohbriefe gegen Frauenhäuser

Kurze Zeit später sorgte eine -von Solingen und Wuppertal ausgehende- Serie von Drohbriefen für Aufsehen. Die Briefe, die zwischen Juli _83 und Januar _84 bei zahlreichen Ausländerzentren, linken Organisationen, jüdischen Gemeinden und vor allem Frauen- und Lesbeneinrichtungen im ganzen Bundesgebiet und sogar im benachbarten Ausland eingingen, hatten alle eins gemeinsam: als "Briefpapier" wurden Flugblätter der NSDAP-AO aus Nebraska/USA verwendet, die handschriftlich (!) mit Anschlags- und Morddrohungen ergänzt waren. Die Absender gaben sich so phantasievolle Namen wie **"Leibstandarte A.H.Wuppertal"** oder **"NSDAP - Gau Solingen/Wuppertal"**. Acht Monate und jede Menge öffentlichen Druck brauchte die Polizei, um den Täterkreis zu ermitteln: dieser war mit den Gründern der BIFAS identisch. Allerdings wurden lediglich Binder und Koch festgenommen, gegen die anderen drei Wuppertaler und Solinger wurde lediglich ermittelt.

Neonazis als "unpolitische Einzeltäter"

Welches Desinteresse der Staatsschutz allerdings an der Aufdeckung der tatsächlichen politischen Hintergründe der Drohbrief-Serie hatte, zeigte sich spätestens in dem im Februar _85 eröffneten Gerichtsverfahren gegen die Täter: Die BIFAS-Connection wurde völlig unter den Teppich gekehrt, Koch und Binder der Öffentlichkeit als "unpolitische Einzeltäter" präsentiert. Und das, obwohl beide außer ihrer NPD- und BIFAS-Mitgliedschaft Kontakte sowohl zur **ANS/NA Kühnens** als auch zu **Busses VSBD/PdA** zugegeben hatten. Beiden Angeklagten wurde von Richter und Staatsanwaltschaft "zu Gute gehalten", sie seien gescheiterte Existenzen, die, von Minderwertigkeitsgefühlen geplagt, mit den Drohbriefen lediglich Selbstbestätigung gesucht hätten. Binder wurden im gleichen Zusammenhang "sexuelle Schwierigkeiten" als Motiv für die Bedrohung der Frauen und Lesben bescheinigt, während Koch mit der Behauptung, sich nicht mehr für Politik zu interessieren, Bonuspunkte sammeln konnte. Konsequenterweise fielen die Urteile für beide Neonazis dann relativ mild aus: Bewährungsstrafe für Koch und -unter Einberechnung mehrerer anderer Vorstrafen - einige Monate Gefängnis für Binder.

Rassistische Hetze: die BIFAS

Trotzdem scheint das Drohbriefdebakel eine schwere Krise bei der BIFAS ausgelöst zu haben: Binder und Haut verschwanden völlig von der politischen Bildfläche, während sich Koch und Schlösser (der übrigens ebenfalls dem Staatsschutz versprochen hatte, in Zukunft nur noch "brav", d.h. unpolitisch, zu sein) ab _86 vor allem dem Aufbau der Solinger **FAP-Kameradschaft** und der **"Studiengemeinschaft Solingen-Komitee zur Erkennung linksextremistischer Umtriebe"** - eine Art früher **Anti-Antifa** widmeten. Zwar wurde die BIFAS auch weiterhin von Koch und Schlösser unterstützt - so erschien z.B. in der Solinger "FAP-Sturmzeitung" Ende '86 ein Aufruf, bei der BIFAS mitzumachen- aber der Schwerpunkt der letztgenannten lag fortan bei Heinz Baumgarten in Wuppertal, der ab 1986 Geschäftsführer wurde. Dieser konzentrierte die Tätigkeit der BIFAS fortan darauf, in unregelmäßigen Abständen ausländerfeindliche und rassistische Publikationen herauszugeben und in verschiedenen Stadtteilen in Wuppertal und Umgebung zu verteilen. Dabei schien es der BIFAS allerdings einige male an Nachwuchskräften gefehlt zu haben: mehrfach wurde in entsprechenden Zeitungsinseraten nach Hiwis für diese Aktionen gesucht. Der Maschinenfacharbeiter Baumgarten, Jahrgang 1926, Hecklinghauser Str. 251, sorgte auch durch eine andere Tatsache in Wuppertaler Antifa-Kreisen für Kopfschütteln, und zwar insofern, als daß er selber eine Griechin heiratete. Die BIFAS-Publikationen selbst waren und sind immer nach dem selben Muster gestrickt: Wenig eigener Text, dafür aber umso mehr Ausschnitte aus anderen rechten Zeitungen (von **BILD** bis **Nationalzeitung**), die alle zum Thema haben, daß die Ausländer "unsere" Jobs, Wohnungen, Geld, Frauen etc. "wegnehmen" und daher "raus" müssen.

BIFAS und Solinger Brandanschlag

Diese Pamphlete der BIFAS sind in ihrer Plattheit und Austauschbarkeit keinesfalls einer inhaltlichen Auseinanderset-

zung wert, jedoch seien hier zwei Ausnahmen erwähnt. Nach dem Solinger Brandanschlag sorgte in Wuppertal eine BIFAS-Broschüre für Empörung, in der die ermordeten TürkInnen gegen diejenigen Deutschen "aufgerechnet" werden, die angeblich jedes Jahr von Ausländern umgebracht würden. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang vor allem der Mangel an Reaktion seitens der Wuppertaler Antifa-Szene. Lediglich die Autonomen veranstalteten eine kleine Protestkundgebung vor Baumgartens Wohnung, die allerdings mangels Beteiligung ziemlich leise und kurz ausfiel. Am lautesten artikulierten sich hierbei noch Baumgartens ausländisch aussehende Kinder, die sich über den Auflauf vor ihrem Haus beschwerten.

Die UFK-Connection

Die jüngste BIFAS-Broschüre vom August '94, die die bedeutungsschwangere Überschrift "63 Millionen Ausländer kommen" trägt, besteht fast ausschließlich aus Ausschnitten aus den **Unabhängigen Nachrichten** (UN), der Zeitung des rechtsextremen Bochumer **Unabhängigen Freundes Kreises (UFK)**. Die Verwendung dieser Zeitung durch Baumgarten ist nicht weiter verwunderlich, fungiert er doch als Verteiler dieser Publikation für Wuppertal. Dieser Kontakt zum rechtsextremen Netz des UFK, der wiederum enge Kontakte z.B. zur GdNF, Anti-Antifa und anderen Speerspitzen der Szene unterhält (siehe Antifaschistische NRW Zeitung NR. 5) erscheint als eines der brisanteren Kapitel der Geschichte der Wuppertaler Nazi-Szene.

Die Razzia bei Baumgarten

Immerhin hat die BIFAS mit dieser Broschüre in der Öffentlichkeit für soviel Furore gesorgt, daß zunehmends Druck auf den Staatsschutz ausgeübt wurde, gegen die Rechtsextremisten vorzugehen. So beauftragte z.B. eine **Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit** eigens einen Rechtsanwalt, gegen die BIFAS eine Anzeige wegen Volksverhetzung zu stellen. So wurden Staatsanwaltschaft und Polizei zum Handeln gezwungen: Bei der Hausdurchsuchung am 23.9. in Baumgartens Wohnung wurden 7000 Broschüren, 50 Kisten mit Zeitschriften sowie eine Druckanlage beschlagnahmt. Ermittelt wird nun wegen des Verdachts auf Volksverhetzung. Wie es dabei mit den Ergebnissen aussieht, ist unklar. Die Staatsanwaltschaft hüllt sich jedenfalls in Schweigen.

Fazit:

Die BIFAS Wuppertal scheint ein einigermaßen marodes Einmann-Unternehmen von Baumgarten zu sein. Daß dieser nicht gerade eine intellektuelle Leuchte ist, dürfte klargeworden sein. Dies macht die BIFAS allerdings -angesichts Baumgartens Kontakten zur rechten Szene sowie seiner Beharrlichkeit- nicht weniger gefährlich.Rechtsradikale Lehrer unterrichten an Wuppertaler Schulen

Berufsschullehrer beim DKI-Lehrgang

Wie durch die Auswertung der Kandidatenliste für die Wuppertaler Komunalwahl jetzt bekannt wurde, kandidierten zwei Berufsschullehrer aus Wuppertal für die Republikaner. Es handelt sich hierbei um Wolfgang Pohlmann, der als Oberstudienrat an den gewerblichen Schulen in der Bachstrasse unterichtet und um den einschlägig bekannten Ernst-Günter Kunz, welcher seinen Tätigkeitsbereich an den gewerblichen Schulen West hat.

Wie die Recherchen der **Antifaschistischen Aktion Wuppertal** ergeben haben, ist zumindest dem Kollegium der gewerblichen Schulen West der Umstand bekannt, daß ein rechtsradikaler Lehrer bei ihnen unterrichtet, aber sie decken diesen skandalösen Zustand. In einer Zeit, in der AusländerInnen Tag für Tag zum Ziel faschistischer Aggression werden und Rechtsradikale wieder Listen ihrer politischen Gegner anlegen, empfinden wir diesen Zustand als unerträglich. Gerade der Beruf des Lehrers erfordert unseres Erachtens nach ein Menschenbild, welches auf Gleichheit beruht und nicht, wie es bei den Republikanern der Fall ist, eines, welches Ungleichheit und Rassentrennung predigt. Die Partei "Die Republikaner" wurde 1983 von abtrünnigen CSUlern in München gegründet, die aus Protest gegen den Milliardenkredit an die DDR ihre Partei verlassen hatten. Unter den Gründungsmitgliedern befand sich der bis vor kurzem amtierende Vorsitzende **Franz Schönhuber**.

Schönhuber, der als Mitglied der Waffen SS (Leibstandarte Adolf Hitlers) direkt an den Greueltaten des Nationalsozialismus beteiligt war, hat mit seiner Vergangenheit keineswegs abgeschlossen. So veröffentlichte er 1981 ein Buch mit dem vielsagenden Titel "Ich war dabei", in dem er die Naziherrschaft verharmlost und als "schöne Zeit" darstellt, die der "Abenteuerlust der Kinder entgegenkam". Aber nicht nur Ihr Vorsitzender entlarvt diese Partei als rechtsradikal. Das Parteiprogramm wimmelt von nationalsozialistischen Versatzstücken. Dort ist die Rede von "kerneuropäischem Kulturgut", von der "besonderen Berufung der Frau für Heim, Herd und Kinder" und dumpfer "Deutschland den Deutschen" -Ideologie. Nicht zu vergessen ist, daß für die "Republikaner" das Staatsgebiet des Deutschen Reiches von 1937 weiter fortbesteht.

Trotz sich monoton wiederholender Beteuerungen, mit militanten Rechten nichts zu schaffen zu haben, ist inzwischen zumindest für Wuppertal aktenkundig belegt, daß führende Republikaner an Veranstaltungen der Solinger Kampfsportschule **Hak Pao** teilgenommen haben. Diese Kampfsportschule beherbergte den **Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverband (DHKKV)**, aus dessen Reihen drei der vier mutmaßlichen Brandstifter auf das Haus der Familie Genc vor einem Jahr stammen. Bei diesem Anschlag kamen damals fünf Türkinnen ums Leben. Beim DHKKV handelte es sich um den Versuch der verbotenen **Nationalistischen Front** (NF), ein nationales Einsatzkommando mit dem Ziel aufzubauen, rechte Persönlichkeiten und Veranstaltungen zu schützen. Von diesem Schutz machten auch die Wuppertaler Republikaner mehrfach Gebrauch. Auch haben sich Republikaner in dieser Schule in Nahkampftechniken ausbilden lassen. Dies konnte nicht ohne das Wissen der beiden obengenannten Personen geschehen. Zumindest Ernst-Günter Kunz, der als Drahtzieher der Wuppertaler REPs angesehen werden kann, war nicht nur über diese Vorgänge informiert, seine Adresse taucht sogar bei einer Anmeldeliste für einen Lehrgang im Juni 1993 der **"Deutschen Kampfsportinitiative"** (DKI) auf. Aber nicht erst seit seinem Eintritt bei den Republikanern ist Kunz in rechten Kreisen tätig. So kandidierte er schon mehrfach für die noch weiter rechts stehende NPD. Ihre Funktionärstätigkeit für die Republikaner diskreditiert Kunz und Pohlmann und macht sie völlig ungeeignet für den Beruf des Lehrers. Die Antifa Aktion Wuppertal und die **Antifa NRW Zeitung** fordern hiermit die zuständigen Behörden und die demokratische Öffentlichkeit auf, tätig zu werden und diesen Zustand nicht länger hinzunehmen.

Der V-Mann, der Koffer und der Autonome

Mit einem ärztlichen Attest entschuldigte sich V-Mann Bernd Schmitt Mitte Oktober für sein Fernbleiben beim Wuppertaler Amtsgericht, wo er als Zeuge aussagen sollte. Es ging um einen nebensächlichen Vorfall am 8. Mai 93, als Schmitt mit seinen Kampfsportlern einen Infotisch der REP-Kreisverbandes Wuppertal im Ortsteil Ronsdorf schützte.

Der Handkoffer eines Polizisten, der bei dem Polizeieinsatz gegen Protestierende beschädigt wurde, sollte Grund für Schmitts Auftritt vor Gericht werden. Bei einem früheren Verfahren im Dezember letzten Jahres, als drei Wuppertaler Autonome wegen Widerstand bei ihrer Festnahme verurteilt wurden, hatten die Justiz- und Ermittlungsbehörden den Ronsdorfer Einsatz des neofaschistischen Aktivisten und VS-Informanten im Dunkeln gehalten. Schmitt blieb ungeschoren, nicht einmal als Zeuge mußte er aussagen. Die Republikaner nutzten die Gunst der Stunde und konnten ungestraft vor Gericht die Zusammenarbeit mit Schmitt leugnen.

Am Rande sei bemerkt, daß sich in etwa die gesamte REP-Mannschaft hinter dem Infotisch für eine Kampfsport-Lehrgang bei Schmitt angemeldet hatte., der etwa einen Monat später staafinden sollte.

Erst jetzt, nach seiner Enttarnung vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht im Verfahren um den Solinger Brandanschlag, wurde Schmitt erstmals als Zeuge wegen der Vorfälle in Ronsdorf geladen. Seinen Auftritt in Ronsdorf hatte er Anfang August vor dem OLG Düsseldorf zugegeben. Auf gezielte Fragen der Nebenklage im Prozeß um den Solinger Brandanschlag- die Angehörigen der Opfer nehmen als Nebenklägerinnen und -kläger aktiv am Düsseldorfer Prozess teil - berichtete Schmitt, mit einem der Republikaner den Einsatz seiner Security-Gruppe abgesprochen zu haben. Mitglieder seines "**Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverband**" (**DHKKV**) versuchten gewaltsam, Proteste gegen den Infotisch der REPs zu unterbinden. Schmitt selbst stritt ab, sich an Gewalttätigkeiten beteiligt zu haben.

Ohne Ergebnis wurde im Oktober ganze zwei Stunden vor dem Amtsgericht erörtert, ob einer der Antifaschisten besagten Koffer im Wert von 139.- DM möglicherweise bei seiner Festnahme beschädigt haben könnte. Drei Polizisten stießen ihn in einen VW-Bus der Polizei, wobei der Angeklagte womöglich auf dem Schalenkoffer mit den "Bütterchen" eines der Beamten landete und der Koffer so einen Riß bekam. Um weitere "Straftatbestände" ging es nicht.

Insgesamt vier Polizisten, mit einer Ausnahme in Zivil, waren zusammen mit den REPs und den Schlägern vom DHKKV gegen die Protestierenden vorgegangen. Bei den Auseinandersetzungen ging der Infotisch der REPs zu Boden.

Der Angeklagte und sein Rechtsbeistand bestanden auf einer Anhörung des Zeugen Schmitt. Das Verfahren wurde zunächst vertagt und schließlich im November eingestellt.

Urteil gegen Mörder-Trio rechtskräftig

Das Urteil gegen die Mörder des vermeintlichen Juden **Karl-Hans Rohn** ist jetzt rechtskräftig. Im Februar hatte das Wuppertaler Landgericht gegen die Skins **Andreas Wember**, **Michael Senf** und den Gastwirt **Marian Glensk** Haftstrafen von vierzehn, zehn und acht Jahren verhängt. Der Bundesgerichtshof wies die Revision der Verteidiger als "offensichtlich unbegründet" zurück.

Das Mörder-Trio hatte im November 1992 in der Gaststätte des verurteilten Glensk sein Opfer mißhandelt, mit Alkohol übergossen und in Brand gesetzt, wobei antisemitische Parolen ertönten. Die Mörder hielten ihr Opfer für einen Juden. Die drei schafften das Opfer in die Niederlande, um Spuren zu beseitigen. Auf der Fahrt nach Venlo verstarb der schwer Verletzte.

Das Landgericht hatte in seinem viel beachteten Urteil deutlich gemacht, daß Alkohol nur einer der Faktoren für die Gewalttat war. Ein gehöriges Maß an rechtsextremer Überzeugung sei ausschlaggebend gewesen. Die Skins waren damals im Begriff, in Wuppertal eine Gruppe nach Vorbild der "**Nationalistischen Front**" aufzubauen.

SPD kommt zur Besinnung

Mit Beginn des neuen Jahres sollen Flüchtlinge in Wuppertal, die ein Anrecht auf Sozialhilfe haben, wieder Bargeld anstelle von Wertgutscheinen erhalten. Dies kündigten im Anschluß an die Kommunalwahlen im Oktober die Stadtratsfraktionen von SPD und **Bündnis 90/Die Grünen** an. Die Wuppertaler SPD hatte die Gutscheine selbst eingeführt und jahrelang an ihnen festgehalten. Nach Verlusten bei der Kommunalwahl und einer Änderung der Abrechnungsgrundlagen des Landes änderte sich ihr Kurs: "Menschenwürde darf weder eine bestimmte Hautfarbe noch eine bestimmte Sprache sprechen".

Die Wuppertaler **JUSOS** bemerkten kritisch, daß die SPD auch durch mögliche Stelleneinsparungen im Sozialamt zu diesem Schritt motiviert sein könnte. Immerhin ist der Verwaltungsaufwand beim Gutscheinverfahren höher, gleichzeitig steht in Wuppertal derzeit eine Reform der Stadtverwaltung mit dem Ziel höherer Effektivität an.

Freispruch für "Die Unregierbaren"

Am 9. November fand vor Amtsgericht in Remscheid ein Prozeß gegen fünf AktivistInnen der Partei "**Die Unregierbaren - Autonome Liste**" statt. Diese waren vom Remscheider **Uwe Carsten Bremholz** wegen vermeintlicher Verleumdung und Beleidigung angezeigt worden. Bremhorst, der bei einer Lautsprecherwagenfahrt der "Unregierbaren" am 25. Mai in seiner Nachbarschaft als Rechtsradikaler geoutet worden war, beschuldigte die Angeklagten, ihn dabei fälschlicherweise als "Nazi" tituliert zu haben. Er berief sich darauf, als "überzeugter Katholik" mittlerweile in München zu weilen und dort Mitglied der **Jungen Union** sowie der **CSU** zu sein.

Die Angeklagten konnten beim Prozeß glaubhaft nachweisen, bei der Megaphondurchsage lediglich einige Fakten aus Bremhorst Vergangenheit erwähnt zu haben, und zwar, daß Bremhorst _85 bei den **REP** aktiv gewesen war und die faschistoide Schülerzeitung "**Tempo - Der Deutschlandreport**" herausgegeben hatte. Unterdessen machte sich Bremhorsts Zeuge, sein Vater Manfred, allein durch die Schilderung seiner eigenen politischen Aktivitäten unglaubwürdig: Er mußte einräumen, _89 selbst wegen rechtsextremen Drohbriefen vor Gericht gestanden zu haben. Unerwähnt blieben leider einige andere Details der Bremhorstschen Familienpolitik. So z.B. die NF-Kontakte von Manfred Bremhorst oder eine Anzeigenkampagne seine ältesten Sohnes Holger, der in verschiedenen rechtsextremen Zeitungen zwecks Durchführung eines 1000 Km Marsches nach "reichstreuen" Kameraden gesucht hatte. Der Prozeß endete mit einem Freispruch für die Autonomen.